Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche vom 5.—10. Novbr. 50 Milliarden Mk. Einzelverkaufspr. 8,5 Milliarden Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile od. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 G.-Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 255. Mittwoch, 7. November 1923. 30. Jahrgang.

Gegen die Reichszerstörung!

Die Reichsregierung ruft das deutsche Volk auf, geschlossen für Ordnung und Freiheit des Reiches einzutreten, wenn ihr von den rechtsradikalen Putschisten der Kampf aufgezwungen wird.

Den Kopf steckt in den Sand, wer nicht heute schon klar erkennt:

Die Putschisten wollen den Kampf!

Jedes Ausweichen wird der Reichsregierung als Schwäche gedeutet und fördert nur die Angriffslust der Reichsverderber.

Die werktätige Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte und Beamte, stehen in erdrückender Mehrheit auf dem Boden der Verfassung. Sie stehen hinter denen, die den Willen haben, Deutschland vor der Herrschaft wüster Prätorianerhorden zu schützen.

Neben den Organen des Reiches werden die

Landesregierungen den Umsturz abzuwehren

haben. Auf ihren Ruf muß jeder, der die Freiheit liebt, jeder, der die Zukunft Deutschlands nicht zerschlagen lassen will, sich zur Verfügung stellen. Ein Heer von waffengeübten Republikanern wird aus dem Boden wachsen, sobald es gerufen wird. Bandenbildungen und Freikorpsformationen führen nicht zum Ziel. Nur in Angliederung an die Organe der staatlichen Gewalt kann und soll der Kampf um die Freiheit geführt werden.

Sozialdemokraten! Seid bereit, für die Erhaltung der deutschen Republik alles einzusetzen!

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Stresemann verhandelt mit den Deutschnationalen.

Aus dem Reichstag wird uns mitgeteilt:

Im Reichstag hielten am Dienstag die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Fraktionssitzungen ab, deren Verhandlungen sich hauptsächlich darauf richteten, ob eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung möglich sei. Eine Lösung dieser Frage auf parlamentarischer Grundlage wird allerdings nicht für möglich gehalten, wohl aber meinen die Deutschnationalen, daß sie unter Beibehaltung der gegenwärtigen Regierungsform der Frage ihres Eintritts in die Regierung nähertreten könnten, wenn die klare Richtlinie, die sie verfolgen, innegehalten werden kann. Diese geht dahin, daß sie eine Verständigung unter allen bürgerlichen Parteien über die Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Wirren für möglich halten und sie die Verantwortung innerhalb der Regierung nur dann übernehmen könnten, wenn sie in der Regierung so vertreten wären, daß sie sich durchsetzen könnten. Diese Voraussetzung müßte ferner vor allem dadurch erfüllt werden, daß alsbald auch die Zusammensetzung der preußischen Regierung entsprechend geändert würde.

Innerhalb der Deutschen Volkspartei, deren Fraktionssitzung für streng vertraulich erklärt wurde, besteht starke Neigung, den Deutschnationalen entgegenzukommen. Jedoch sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. An der Fraktionssitzung nahm in den späten Abendstunden auch der Reichskanzler Dr. Stresemann teil.

Die Demokratische Fraktion verhielt sich in ihrer Dienstagssitzung gänzlich ablehnend gegenüber dem Gedanken, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen. Sie sieht keinen Anlaß, ihre Minister zurückzuziehen und wünscht, daß in der jetzigen Zeit die Regierung bestehen bleibt.

Die Zentrumsfraktion hatte in ihrer letzten Sitzung beschlossen, im Gegensatz zu der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei keinen Sonderaufruf im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung zu veröffentlichen. Diese Haltung wurde in der Fraktion damit begründet, der Aufruf der Reichsregierung besage alles, was gegenwärtig über die inneren Gefahren zu sagen sei. Das Zentrum würde einen Sonderaufruf nur dann für zweckmäßig erachten, wenn alle Koalitionsparteien, also auch die Deutsche Volkspartei, denselben Weg ginge.

Ein Aufruf der Demokraten.

Die Deutsche Demokratische Partei erläßt folgenden Aufruf:

Der Aufruf der Reichsregierung zeigt den Ernst der Lage. Gewissenlose Verschwörer bedrohen den inneren Frieden und die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände. Dadurch gefährden sie das letzte Gut, das uns der Versailler Vertrag gelassen hat: die deutsche Einheit.

Innere Unruhen und Bürgerkrieg würden mit eiserner Notwendigkeit die Auflösung des Reiches herbeiführen.

Deutsche, Republikaner, Demokraten! Dieser Anschlag muß an dem unbeugsamen Willen der reichstreuen Bevölkerung zerschellen. Bauern und Arbeiter, Angestellte, Beamte und alle Bürger! Sammelt euch zum Schutze des Reiches! Laßt alle Meinungsverschiedenheiten, alle Verstimmungen ruhen und schart euch um das Reich und seine Freiheit!

Wenn die Reichsregierung es für notwendig halten sollte, im Sinne ihres Aufrufes Reichswehr oder Polizei zum Schutze der Republik zu verstärken, haben die waffengeübten Demokraten dem Rufe des Vaterlandes Folge zu leisten. Werbt in unseren Reihen für diese Pflicht! Trefft die erforderlichen Vorbereitungen! Die deutsche Republik ist stark gegen die Reichszerstörer, wenn sie stark sein will, und auf einmütige Hilfe rechnen kann.

Deutsche Demokraten! Höchste Alarmbereitschaft für die Republik, Einheit und Freiheit des Reiches!

Die deutsche Demokratische Partei.

Der Separatistenkarneval.

SPD. Kaiserslautern, 6. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Die Separatisten haben am Montag und Dienstag die öffentlichen Aemter besetzt und zwar das Bezirksamt, das Landgericht, die Post, das Bürgermeisteramt, so daß die gesamte Verwaltung in den Händen der Separatisten liegt. Die Bevölkerung ist ruhig. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Von den Franzosen wurde die Verkehrssperre von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens erklärt. Ansammlungen von mehr als fünf Personen, sowie Umzüge und Demonstrationen sind verboten. Die Zahl der Separatisten beträgt, soweit sich übersehen läßt, 300—500 Mann. Partei und Gewerkschaften verhalten sich vorläufig passiv.

Poincares Helfer: Die Deutschnationalen.

England verzweifelt an der Verständigung mit Frankreich.

London, 5. November.

Das britische Kabinett dürfte morgen darüber entscheiden, ob es die Bedingungen Poincares betreffend die Beschränkung der Untersuchung auf die „heutige" Zahlungsfähigkeit Deutschlands annehmen will oder ob es Washington, Brüssel und Rom mitteilen will, daß es die Untersuchung auch ohne Frankreich ausführen möchte. Die Entscheidung dürfte davon abhängen, was man inzwischen über die Haltung von Amerika hört. Halbamtlich macht man kaum ein Geheimnis daraus, daß man eine Verständigung mit Poincare für faktisch unmöglich hält, und daß man nun wieder bei der Situation angelangt ist, die durch Lord Curzon am 11. August schriftlich formuliert wurde.

Die Meldung eines Berliner Blattes von prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen Baldwin und General Smuts ist falsch. Inzwischen erklärt der Pariser Vertreter des Manchester Guardian in einer bemerkenswerten Depesche, warum die drohende Isolierung Poincares nicht mehr schreckt. Darum nämlich, weil er überzeugt ist, daß die deutsche Dummheit ihm einen Weg ebne zur Wiederherstellung der alliierten Einheitsfront. Er telegraphiert:

„Der Weg ist eine alliierte Intervention in Deutschland. **Die deutsche Reaktion, so glaubt Poincare, wird die Situation für Frankreich genau in dem Augenblick retten, wo sie Frankreich peinlich geworden ist.**"

Der Gang der Ereignisse in Deutschland, das vertragswidrige Rüsten, bilde eine Bedrohung nicht nur für Frankreich, das ein souveränes Recht habe, für seine eigene Sicherheit zu sorgen, sondern auch für die Sache der Demokratie in Europa. Folglich stehe der Augenblick vor der Tür, wo alle Alliierten eingreifen müssen. In diesem Augenblick würden alle jene englischen Liberalen und alle amerikanischen Idealisten, die bisher gegen Deutschland so nachsichtig gewesen wären, eine Einigung zur Rettung der deutschen Demokratie bilden. Dieses Gerede von der deutschen militärischen Gefahr begann schon vor einiger Zeit und wird täglich deutlicher. Jedenfalls scheint nun Aussicht, daß Poincare „der Zerstörer aller aufeinanderfolgender demokratischen Regierungen in Deutschland, in Kürze als der Retter der deutschen Demokratie auftreten werde."

Dollar 630 Milliarden.

1 Goldmk. 150 Milliarden, 1 Goldpfg. 1,5 Milliarden.

Schafft Klarheit!

Berlin, 6. November.

Die Reichsregierung richtete am Dienstag einen Aufruf „An das deutsche Volk", in dem auf die für den Bestand des Reiches drohenden Gefahren aufmerksam gemacht wurde. In Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister unterstützten die sozialdemokratische und demokratische Partei sowie die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen diese Kundgebung mit einem gesonderten Appell an ihre Anhänger, der ebenfalls auf den drohenden Rechtsputsch hinwies und zur Bereitschaft für den Notfall aufforderte. Man hätte annehmen sollen, daß es der Reichsregierung mit dem Willen zur Abwehr gegen die von rechts drohenden Gefahren insbesondere deshalb ernst war, weil sie selbst nicht nur in ihrem eigenen Aufruf, sondern auch in der am Montag bei dem Reichspräsidenten stattgefundenen Besprechung die für das Reich bestehenden Gefahren anerkannte und aus diesem Grunde später den Aufruf an die deutsche Bevölkerung beschloß. Aber schon die praktische Durchführung der in Aussicht gestellten Abwehr zeigt, daß auch diesmal mit den deutschen Republikanern ein ehrliches Spiel nicht getrieben werden wird, wenn man in Berlin die Zügel auch der Reichswehr gegenüber weiterhin schleifen läßt. Statt auf die schwere wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft und des Mittelstandes Rücksicht zu nehmen und ihren Willen zur Unterstützung des Reiches für den Notfall dankbar anzuerkennen, wendet man sich in Thüringen im allgemeinen erneut auch gegen diejenigen, auf die sich das Reich bei einem eventl. Kampf gegen die Reichszerstörer allein verlassen könnte. So werden die letzten treuen Anhänger der Verfassung zur Verzweiflung getrieben, ohne daß sich die augenblicklichen Machthaber im Reiche darüber klar zu sein scheinen, daß ihr fortgesetztes Gerede von der Stärkung der Staatsautorität durch die zu diesem Zweck angewandten Methoden Gerede bleibt, da die staatserhaltenden Elemente verletzt, aber die wirklichen Reichszerstörer gestärkt werden. Diese Tatsache muß ganz offen ausgesprochen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß gegen sozialdemokratische Parteiblätter erneut die Maulkorbverordnungen des Reichswehrministers Anwendung finden. Gerade die Sozialdemokratie, deren Banner immer die Aufschrift Freiheit und Recht trug, hat heute mehr denn je gegen das Unrecht anzukämpfen, weil die wirtschaftliche Notlage der breiten Massen sich zu einer Erbitterung gegen den Staat von heute auswachsen muß, wenn dem wirtschaftlichen Elend auch noch politische Ungerechtigkeit hinzugefügt wird.

Tatsächlich hatte der Befehlshaber der in Thüringen einmarschierten Truppen den klaren Befehl, die thüringisch-bayrische Grenze vor Ueberfällen der irregulären Banden zu schützen. Ihm war u. W. nicht die Aufgabe gestellt, große strategische Genielpläne zu entwickeln und in die thüringische Bevölkerung durch Haussuchungen und Verhaftungen einzelner Mitglieder der Kommunistischen Partei Unruhe hineinzutragen — oder gar den Anschein zu erwecken, als wickle sich jetzt ein von Berlin aus befohlener trockener Putsch ab, dem nach der „Säuberung" von Sachsen und Thüringen die Verbrüderung mit den Hitlerbanden folgen sollte. General Reinhardt hat also den ihm übermittelten Befehl nach unseren Informationen nicht korrekt ausgeführt, obwohl wir keinen Zweifel daran hegen, daß er verstehen wird, seine Handlungsweise aus rein militärischen Gründen zu rechtfertigen. Kein General kann einen Kampf führen, wenn er im Rücken einen Feind hat. Als solchen betrachtet die Reichswehr leider immer noch einen Teil der Arbeiterschaft, insbesondere dort, wo die Arbeitnehmer eine sozialistisch-kommunistische Regierung stützen. Das ist hauptsächlich auf jene unverantwortliche Hetze zurückzuführen, die von den schwerindustriellen Korrespondenzen und z. T. auch von amtlicher Seite seit Monaten gegen Sachsen getrieben wurde und in den letzten Wochen gegenüber Thüringen ihre Fortsetzung fand. Die dem Staat vorenthaltenen Steuern wurden zur Verbreitung von Schauermärchen benutzt und während man es verstanden hat, Bayern, in dem heute alles drüber und drunter geht, als „Ordnungsstaat" hinzustellen, ist dem Spießbürger zunächst Sachsen und ihm folgend Thüringen als „Sowjetrepublik" vor Augen geführt worden. Hunderte von Telegrammen mit verlogenem Inhalt gingen an die Adresse des zuständigen Wehrkreiskommandeurs, um dort den Geist zu schaffen, der sich zu unserem Bedauern jetzt wieder zu Unrecht gegen einen Teil der thüringischen Arbeiterschaft ausgewirkt hat. Sonst sind die amtlichen Reichsstellen sofort bei der Hand, wenn irgend eine Falschmeldung über eigene Angelegenheiten oder die anderer Länder, in denen das Bürgertum noch ein Wort mitzureden hat, in der Oeffentlichkeit erscheinen. Auf Sachsen ist diese Rücksicht keineswegs genommen worden und Thüringen läßt man heute in dem gleichen Maße wie früher Sachsen beschimpfen, obwohl der Freistaat Thüringen hundertmal eher das Recht hätte, sich Ordnungsstaat zu nennen, als das Bayern von heute.

Die Sozialdemokratie hat auch außerhalb der Reichsregierung gegenwärtig noch die Machtmittel, um über die Politik der Reichsregierung Klarheit zu schaffen. Diese Klarheit ist nach dem Vorgehen der Reichswehr in Thüringen notwendiger als je. Als am Montag der Aeltestenausschuß des Reichstags sich mit dem Wiederzusammentritt des Plenums beschäftigte, erklärte Genosse Hermann Müller bereits, daß die Sozialdemokratie die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage nicht verkenne, aber dennoch den Zusammentritt des Reichstages fordern werde, wenn die Regierung nicht unmittelbar zur Sicherung der Staatsautorität gegen Bayern einschreite. Mit Rücksicht auf die parlamentarischen Schwächen des gegenwärtigen Kabinetts hat sich Herr Stresemann zur Sicherung der thüringisch-bayrischen Grenze bereit erklärt. Mit welchem Erfolge, ergibt sich aus den über den Vormarsch der Reichswehr in Thüringen vorliegenden Meldungen. Wir glauben, daß deshalb der Augenblick gekommen ist, in dem die sozialdemokratische Fraktion die von ihrem Vorsitzenden im Aeltestenausschuß des Reichstags erfolgte Ankündigung zur Tat machen und der Reichstag einberufen werden muß, um endlich auch über die Innenpolitik die notwendige Klarheit zu schaffen, wenn die Reichsregierung nicht innerhalb 24 Stunden die vorläufig noch in Mittel-Thüringen stationierte Reichswehr dort zusammenzieht, wo sie tatsächlich gebraucht wird. Herr Stresemann dürfte nicht im unklaren darüber sein, welchen Ausgang eine indirekt von ihm erzwungene Reichstagssitzung nehmen dürfte. Wir sind uns voll-

kommen klar darüber, was nach seinem Sturz vielleicht folgen kann, aber wir bleiben auch nach wie vor der Auffassung, daß die Rechtsdiktatur geradezu hervorgerufen wird, wenn Herr Stresemann und Geßler weiterhin mit dem Ausnahmezustand regieren wie bisher. Dann lieber sofort Klarheit — und eine klare Kampfstellung!

Kommt Thüringen an die Reihe?

SPD. Weimar, 6. November. (Eig. Drahtber.)

Der thüringische Staatsminister erhielt am Dienstag vormittag folgendes Schreiben des Generals Reinhardt aus Stuttgart:

„An die
Thüringische Staatsregierung
in Weimar.

Die Lage in und um Thüringen ist bedrohlich und erfordert Reichswehrverstärkung.

Täglich laufen beim Militärbefehlshaber zahlreiche Hilferufe der thüringischen Bevölkerung ein, die um Beistand gegen den Terror aller Art durch die proletarischen Hundertschaften bitten. Diese Hundertschaften sind trotz der Weitergabe meines Auflösungsbefehls durch die thüringische Regierung in der Tat nicht aufgelöst oder sie sind in Republikanische Notwehren umgebildet worden, ohne daß ihre Zusammensetzung und die Art ihrer öffentlichen Betätigung geändert ist.

Dieser Zustand ist für große Teile der Bevölkerung unerträglich und wird die schwerwiegendsten Folgen haben, indem einmal eine Einschränkung der Produktion und des Warenaustausches droht und ferner die vergewaltigten Teile der Bevölkerung nach illegaler Unterstützung ausschauen, was in mancher Hinsicht schon nahe gerückt zu sein scheint.

Ich habe daher den Kommandeur der 3. Kavallerie-Division, Herrn Generalleutnant Hasse, beauftragt, bei der augenblicklich bedrohlichen Lage in Thüringen durch die ihm zur Verfügung gestellten Reichswehrtruppen nach meinen Weisungen der Thüringer Landespolizei einen festen Rückhalt zu geben und die Auflösung und Entwaffnung der Hundertschaften durchzuführen.

Zu diesem Zwecke wird Polizeioberst Müller-Brandenburg mit der Thüringer Landespolizei dem Generalleutnant v. Hasse unterstellt.

Major Curtze bleibt mein Verbindungsoffizier bei der Thüringischen Regierung in Weimar.

Der Militärbefehlshaber
gez. Reinhardt, Generalleutnant."

*

SPD. Weimar, 6. Novbr. (Eig. Drahtber.)

In der vergangenen Nacht sind die Truppen des Generals Reinhardt in Thüringen eingetroffen. Von einem Aufmarsch an der thüringisch-bayrischen Grenze, wie es angekündigt war, kann jedoch keine Rede sein. Zum großen Erstaunen, ja zur Entrüstung der thüringischen Bevölkerung marschierte die Reichswehr ebenso weit nördlich des Thüringer Waldes auf, als sie südlich des Thüringer Waldes stehen müßte. In der Frühe des Dienstag sind drei Bataillone Infanterie und eine Eskadron Kavallerie unter Oberst Brendel in Gotha eingerückt. Eine der ersten Handlungen dieser Truppe war die Verhaftung eines der Redakteure der kommunistischen Zeitung, ohne daß ein unmittelbarer Anlaß dafür vorlag. Auch wurde sofort nach Hundertschaften und deren Waffen gefahndet, die die Reichswehr vermutete. Andere Truppenteile sind in Ortschaften nördlich von Weimar, Buttstedt, Wilsdorf, Brudersdorf usw. eingetroffen. Nach den ausgestellten Vorposten scheint das Marschziel Weimar zu sein. Im anhaltischen Städtchen Eisenberg ist württembergische Artillerie angekommen. Sehr große Empörung unter der Arbeiterschaft erregte die Ankunft der Reichswehr in Köftritz und im Meuselwitz-Altenburger Braunkohlenrevier. Hier ist der Bergarbeiterstreik seit zwei Tagen beendigt und keine Störung der Ruhe und Ordnung seitdem mehr vorgekommen. Geringfügige Gewalttätigkeiten, die sich während der Streiktage ereigneten, wurden von der Landespolizei mühelos beigelegt. Auch in Jena und in Hermsdorf an der Strecke Jena-Gera ist Reichswehr eingetroffen. Nahezu überall hat die Reichswehr sofort Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen. Dieser Einsatz der Reichswehr im Norden statt im Süden Thüringens und das ganze Verhalten der Truppen am ersten Tage, das als ausgesprochen arbeiterfeindlich gekennzeichnet werden muß, obwohl in Thüringen selbst die Ruhe und Ordnung in keiner Weise gefährdet war, hat bei der Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen.

*

Der thüringische Ministerpräsident, Genosse Frölich, ist nach Empfang des vom General Reinhardt an das thüringische Staatsministerium adressierten Schreibens sofort zur Beschwerdeführung nach Berlin abgereist. Er verhandelte zunächst noch am Mittwoch abend mit dem Reichswehrminister und später mit dem Reichspräsidenten.

Plünderungen in Berlin.

Am Montag und Dienstag ist es fast in allen Stadtteilen Berlins zu Plünderungen gekommen. Besonders betroffen wurde das sogenannte Scheunenviertel, in dem eine Reihe von Lebensmittel- und Konfektionsgeschäften ausgeraubt wurde. Selbst die Friedrichstraße, im Zentrum und auch die Tauentzienstraße im Westen sind am Dienstag heimgesucht worden. Allerdings blieb es hier wie auch in Charlottenburg bei dem Versuch, in Bäcker-, Fleischer- und Zigarettenläden einzudringen. Die Plünderer waren halbwüchsige Burschen und haben mit den Arbeitslosen nicht das geringste zu tun. Viele von ihnen wählten die Nacht vom Montag zum Dienstag in ihren Streifzügen. Im Norden zeugen eine Reihe von ausgeplünderten Geschäften von dieser nächtlichen Tätigkeit. Die Plünderer bilden gewöhnlich Trupps von 40—50 Mann, die durch die Straßen ziehen und plötzlich die Spiegelscheiben durch Steinwürfe zertrümmern, um sich der Vorräte zu bemächtigen. Die Polizei, deren Ueberfallkommandos auf Autos nach den bedrohten Orten rasen, griff energisch und korrekt ein. Ihr gelang es regelmäßig schnell, die Trupps zu zerstreuen und die Banditen in Schach zu halten, ohne daß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden mußte. In der Koppenstraße erhielt am Dienstag ein Plünderer einen Beinschuß. Im Einvernehmen mit dem preußischen Minister des Innern soll die Berliner Schutzpolizei in Zukunft nur noch in den allerdringensten Fällen von der Schußwaffe Gebrauch machen. Sie wird ab Mittwoch mit Gummiknüppeln ausgerüstet.

Ohne Zweifel handelt es sich bei den Beteiligten an diesen Krawallen um Mob, der rauben und plündern will. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß die Notlage der Berliner Bevölkerung allgemein schwer ist. Die städtischen Instanzen geben sich alle Mühe, dem Rechnung zu tragen. Sie schritten bereits am Dienstag zur Beschlagnahme von Mehlvorräten. Bei Groß-Firmen im Osten Berlins wurden rund 3000 Sack Mehl festgestellt und beschlagnahmt. Bei einem Eigenspediteur fand man allein 26 Sack Weizenmehl, 1200 Sack Reis, 80 Sack Zucker, 500 Pakete Würfelzucker, 100 Kisten Kunsthonig, 30 Sack amerikanisches Weizenmehl, 50 Sack Kartoffelmehl usw.

Volksentscheid?

Dr. L. Lübeck, 7. November.

Wer parlamentarisch bestehen will, muß nicht nur den Gegner richtig einschätzen. Er muß auch über sich selbst einigermaßen Bescheid wissen.

Die bürgerlichen Parteien Lübecks erleben seit einem oder zwei Jahren alle paar Wochen deshalb ihre fürchterliche Blamage, weil sie über sich selbst völlig im Dunkeln tappen.

Sie berauschen sich fortwährend an schönen Redensarten von vaterstädtischer Erwärmung. Sie singen sich selbst fortwährend höchste Lobeshymnen von unendlicher Opferbereitschaft, von entsagungsvoller Arbeit, von selbstloser Arbeitsgemeinschaft.

Das ist nicht weiter seltsam; sehr seltsam aber ist, daß sie selbst an diesen Unsinn glauben. Nur dieser völlige und trostlose Irrtum über sich selbst erklärt, weshalb die Demokraten und die Volkspartei immer dann aufs tiefste beleidigt sind, wenn es der Sozialdemokratie gefällt, einen eigenen Willen nicht nur zu haben, sondern auch durchzusetzen. Nur diese merkwürdige Selbsttäuschung erklärt das hysterische Gestöhn und Gekling von Machtmißbrauch und Diktatur, wenn die Sozialdemokratie den Regierungseinfluß fordert, der ihrer parlamentarischen Stärke entspricht.

Demokratie heißt Herrschaft der Mehrheit. Die Minderheit, die anderer Meinung ist, bekämpft die Beschlüsse der Mehrheit, sie macht Opposition. In demokratischen Ländern lernt man solche Binsenwahrheiten in der Volksschule; in Lübeck gibt es Parlamentarier, denen diese Weisheit fremder ist als die hunderttausend Dörfer von Madagaskar.

In Wirklichkeit liegt die Sache so: die Herrschaften sind verwöhnt worden. Verwöhnt durch die Gutmütigkeit der sozialdemokratischen Bürgerschaftsmehrheit. Man fand es in wunderschöner Ordnung, daß die bürgerliche Bürgerschaftsminderheit mit einer Senatsmehrheit unseren Staat regierte.

Lustig ging alles so weiter, als ob Deutschland nie eine Revolution gesehen hätte; als ob Wilhelm nach wie vor seine zwanzig Uniformen täglich an- und auszöge. Alles blieb beim alten! Halbvertroddelte Monarchisten besetzten die einflußreichsten Beamtenstellen; in den Schulen verhöhnte man Republik und Demokratie; lahm und grauhaarig trabt der Amtsschimmel wie vor zwanzig Jahren durch alle Behörden.

Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion versuchte mit allen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Sie stellte Forderungen auf; sie kämpfte im Plenum und in allen Ausschüssen für Fortschritt und Freiheit; sie verlangte für die Arbeiterschaft den gebührenden Einfluß.

Gewiß, sie hatte sich zunächst trotz ihrer Mehrheit mit einer Minderheitsvertretung im Senat begnügt. In der festen Ueberzeugung, daß die natürliche Entwicklung nach Zusammenbruch einiger vorhandenen bürgerlichen Ruinen ihr allmählich die Mehrheit in den Schoß legen müßte.

Sie sah sich getäuscht. Nur um die Mehrheit zu behalten, schleppte der bürgerliche Teil des Senates ein Vierteldutzend Ruinen Jahre hindurch mit. Immer in der Hoffnung auf die nächste Bürgerschaftswahl. Wir wollen nur feststellen, daß ein bürgerlicher Senator infolge einbrechender Alterserscheinung seit einem Jahr völlig dienstunfähig ist. Aber er wird gehalten. Denn bei wichtigen Abstimmungen die Hand hochhalten, das kann er noch. Im Notfall hilft ihm sein Nachbar.

Was solche Scherze den Staat kosten, davon spricht kein Mensch. Ein volles Senatsgehalt frißt mehr als ein Dutzend Unterbeamten. Ohne jede Arbeitsleistung! Weshalb sagt man das dem Volke nicht?

Immer mächtiger wurde in weiten Kreisen unserer Partei, besonders in der organisierten Arbeiterschaft, der Ruf nach Beseitigung dieser verrotteten Zustände. Und wenn während des Kampfes um das Amtsblatt nicht die bürgerlichen Parteien mit Pauken und Trompeten umgefallen wären, so hätte damals schon das Mißtrauensvotum den Knoten zerschnitten. Die Entwicklung war völlig ausgereift!. Damals schon war das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgerschaftsmehrheit und Senat rettungslos zusammen gebrochen.

Wir wollen auf den Polizeiskandal nicht noch einmal eingehen. Dutzende von Männern und Frauen wurden ohne jeden Grund niedergeknüppelt; Kugeln und Handgranaten mähten harmlose Passanten nieder; Tote und Verstümmelte blieben als Opfer. Der Senat fand kein Wort des Tadels für die Polizei; keine Silbe des Bedauerns für die niedergeknüppelte Bevölkerung. Nicht zu einer einzigen Strafmaßnahme konnte er sich aufraffen.

Einen solchen Senat sollte die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion noch eine Stunde mit ihrem Vertrauen stützen? War das verträglich mit dem ehrlichen sozialdemokratischen Namen?

Dazu noch eine andere Ueberlegung! Seit Jahren bekam dieser selbe Senat jeden Pfennig seiner Gelder von der Sozialdemokratie bewilligt. Meistens stand die Sozialdemokratie dabei allein! Nur auf Regierung und Verwaltung sollte sie ohne Einfluß sein?

Zum zweitenmal: Die Entwicklung war reif! Das völlig zusammengebrochene Vertrauensverhältnis zwischen Senatsmehrheit und Bürgerschaftsmehrheit gestattete ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht mehr. Der Riß klaffte! Klarheit mußte geschaffen werden! Parlamentarisch war das Mißtrauensvotum das Gebot der Stunde.

Es war höchste Zeit!

Da stellt sich das Hindernis einer auf parlamentarische Zweckmäßigkeit nicht zugeschnittenen Verfassung ein. Verfassungsänderungen waren nötig. Sie wurden durchgeführt! Und als Schlußstein mußte selbstverständlich das Mißtrauensvotum gesetzt werden; wie es vor Monaten der parlamentarische Kampf eingeleitet hatte.

Oder glaubte man, die sozialdemokratische Fraktion hätte mit ihren Aktionen seit dem 11. August nur ein Lustspiel vorführen wollen? Nein, meine Herren, uns war es von der ersten Stunde an bitter ernst! Und nie waren wir entschlossener als jetzt. Betrachtet diese Sachlage objektiv! Und dann lest die merkwürdigen Reden des Bürgermeisters und der bürgerlichen Sprecher, oder auch den poltrigen Artikel, den wohl der Volksparteiler Ewers im General-Anzeiger losgelassen hat. Allseitig ein fürchterliches Zähnefletschen und Gebrüll gegen die Sozialdemokratie. Weil sie mit diesem lieben Senat nicht mehr einverstanden ist; weil sie Reformen fordert; weil sie Ordnung im Staatshaushalt verlangt; weil sie die Respektierung der Republik will. Weil sie endlich das fordert, was ihr seit fünf Jahren gerechterweise zukommt: Die Mehrheit im Senat.

In diesem letzten Satz liegt des ganzen etwas verwickelten Knotens Lösung. Man fürchtet die sozialdemokratische Senatsmehrheit! Mit Händen und Füßen wehrt man sich dagegen!

Und nun das Beste: die bürgerlichen Senatoren haben kurz heraus erklärt, **daß sie in einem Senat mit sozialdemokratischer Mehrheit unter keinen Umständen mitmachen würden.** Zu jeder Umbildung des Senats sind sie bereit; aber sie wollen die Mehrheit behalten. Ist das nicht etwas starker Tabak, den man uns da anbietet? Seit Jahren arbeiten unsere Genossen im Senat als Minderheit mit, obwohl hinter ihnen die Bürgerschaftsmehrheit steht. Die bürgerlichen Herren aber halten es unter ihrer Patrizierwürde, in ähnlicher Weise mitzuarbeiten; obwohl hinter ihnen in der Bürgerschaft nur eine Minderheit steht; und obwohl sie bei den meisten Abstimmungen von ihrer Seite nicht eine einzige Stimme aufbrachten.

Wir glauben nicht, daß ein einziger Vertreter des Bürgertums den Mut aufbringen wird, von all diesen Tatsachen auch nur eine einzige in Abrede zu stellen.

Aber, wie gesagt, man fühlt sich aufs tiefste gekränkt, da eine Aenderung eintreten soll. Denn es war zu schön: **Die bürgerliche Senatsmehrheit regierte und die sozialdemokratische Bürgerschaftsmehrheit bewilligte die Steuern.**

Aenderungen mag man in Lübeck sowieso nicht und so schreit alles nach dem **Volksentscheid** wie der brünftige Hirsch nach seiner Kuh.

Nach den an die Oeffentlichkeit gedrungenen Auslassungen des Senats und nach dem wilden Gefuchtel der demokratischen und volksparteilichen Vorturner zu urteilen, steht uns nun tatsächlich der Volksentscheid in Aussicht.

Genau so, wie es das gute Recht der Bürgerschaft ist, mit Mehrheitsbeschluß den Senat abzusägen, so ist es das gute Recht des Senats, dagegen den Volksentscheid anzurufen. Wir machen ihm deshalb nicht die geringsten Vorwürfe; und wir kämen uns kindlich und lächerlich vor, wenn wir in das gleiche übelriechende Gekreische ausbrechen würden, mit dem die bürgerlichen Parteien sich seit Monaten besabbeln.

Allerdings muß der Senat wissen, was er will. Nur dann darf er zu dem Volksentscheid seine Zuflucht nehmen, wenn er die Hoffnung auf Sieg hat. Das heißt, wenn er glaubt, für sich eine Mehrheit im Volke und bei den folgenden Bürgerschaftswahlen eine Mehrheit in der Bürgerschaft zu erringen. Hat er diese Hoffnung nicht, ruft er den Volksentscheid nur aus gekränkter Gereiztheit und hochmütiger Rechthaberei an, so begeht er ein **Verbrechen!** Ein Verbrechen am Staat und ein Verbrechen am Volke! Denn wir brauchen im Augenblick unser Geld für wichtigere Sachen als für Wahllisten und dergleichen.

Sollte der Senat wirklich irgendwelche Hoffnung auf einen Sieg haben? Ganz ausgeschlossen sind solch kindlich-naive Illusionen bei dem vorgerückten Alter der bürgerlichen Senatoren nicht. Und von der Stimmung im Volke haben die Herren sowieso keine Ahnung!

Wenn der Senat allerdings seine Meinung nach dem tobenden Gebrüll bürgerlicher Artikelschreiber bildet, so kann er sich sehr leicht zu den verwegensten Hoffnungen versteigen.

Diese gebärden sich heute schon so, als ob sie den Sieg in der Tasche hätten. Aber kennt man diese Musik nicht zur Genüge aus der Zeit vor der letzten Bürgerschaftswahl. Nachher saßen sie beisammen wie gestutzte Dobermänner und heulten sich gegenseitig an; und schließlich hob einer am andern sein Bein hoch und gab ihm alle Schuld an dem fürchterlichen Katzenjammer. Der Siegessekt steht jetzt noch kalt!

Der bürgerliche Schlachtplan ist sehr einfach. Die Sozialdemokratie soll sich an der Mauer des Senats den Kopf wund stoßen, und dann werden die bürgerlichen Parteien sie mit einem einzigen Schlag niederstrecken. Dabei vergessen die optimistischen Herren zweierlei: Erstens ist die Mauer des Senats doch reichlich morsch und porös; und zweitens hat die Sozialdemokratie nicht solche Ochsenköpfe wie die bürgerlichen Parteien, die sich an allen möglichen Hirngespinsten die flache Stirn wund scheuert.

Wenn im übrigen der volksparteiliche Artikelschreiber von der Parteidoktrin der Sozialdemokratie spricht, die sich als sinnlos erwiesen habe, so macht er sich dabei nur lächerlich. Denn jeder Einsichtige weiß, daß sich Deutschland seit der Revolution Jahr um Jahr von den sozialdemokratischen Grundsätzen mehr entfernt hat, und daß dafür die Grundsätze der Volkspartei herrschend wurden. Wobei wir immer tiefer in den Dreck gefahren wurden.

Wo sind denn die Segnungen der freien Wirtschaft? Das Stadtvolk kann verrecken, wann es will. Und auf dem Trümmerhaufen der Arbeiterschaft und des Mittelstandes strecken Großkapitalist und Großagrarier die Hand nach der Diktatur aus. Mit wohlwollender Duldung der Volkspartei!

Mittelstand und Arbeiterschaft haben alles eingebüßt; die Inflation reißt ihnen Tag um Tag das Brot vom Munde. Und das Kapital mästet sich. Hinterzieht Steuern! Läßt das Reich in Not und Elend verkommen! Aus Profitsucht. Und die Volkspartei steht daneben und hilft mit! Sie ist die Partei des Großkapitals, des Steuerbetrugs und des Volksverrats.

Rufen Sie ruhig den Volksentscheid an! Sie werden die gebührende Antwort bekommen. Die hungernden Proletarier werden den großmäuligen Zeitgenossen vom dicken Geldsack eine Fackel anzünden, daß Ihnen Hören und Sehen vergeht. Die Betrogenen, die Hungrigen, die Verzweifelten werden eine Einheitsfront bilden, vor der der erstaunte Senat samt seinem vielgeliebten Bürgertum wie dürres Laub im Herbststurm davonwirbeln wird.

Mögen die Herren zehnmal aus den Vorgängen im Reich Hochmut schöpfen: Lübeck ist nicht München. Und die Faust der Lübecker Arbeiterschaft hat noch immer den Sieg geholt, wenn sie geschlossenen Willen und entschlossene Führung hatte. Und daran wird es nicht fehlen!

Die Rentenmark.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist seit Ende Oktober mit der Herstellung von Rentenbankscheinen begonnen worden. Am 12. November werden 105 Millionen Rentenmark fertiggestellt sein. Dieser Betrag wird sich bis zum 15. November auf 243 Millionen Mark steigern. Auch die Herstellung der Rentenpfennige ist in die Wege geleitet. Die Berliner Münze wird, nachdem alle Vorarbeiten unter Inanspruchnahme der Privatindustrie getroffen sind, noch in dieser Woche mit der Prägung beginnen. Jedoch kann der Tag der Herausgabe des Rentengeldes noch nicht mit Sicherheit angegeben werden; weil eine sorgsame Verteilung über das ganze Reich vor sich gehen soll. An dem Tag der Herausgabe der Rentenmark hört entsprechend der Bestimmung über die Rentenbank die Inanspruchnahme der Reichsbank durch Diskontierung von Reichsschatzwechseln auf.

Württemberg, Bayern und Reich

Von Wilhelm Keil.

In dem Konflikt, den Bayern mit dem Reich heraufbeschworen hat, kommt der Stellungnahme Württembergs besondere Bedeutung zu. Württemberg weist eine ähnliche soziale Struktur auf wie Bayern. Zwar ist die Industrialisierung in Württemberg etwas weiter vorgeschritten als in seinem westlichen Nachbarland, aber Landwirtschaft und Kleingewerbe überwiegen auch in Württemberg noch und die Parzellierung des Grund und Bodens geht hier noch weiter als in Bayern.

Parteipolitisch besteht zwischen den beiden Ländern der wesentliche Unterschied, daß das Zentrum, das in dem überwiegend katholischen Bayern (nach seiner Abspaltung vom Reichs-Zentrum „Bayrische Volkspartei" genannt) über eine feste absolute Mehrheit verfügt, in dem zu zwei Drittel protestantischen Württemberg mehr als ein Viertel der Wählerschaft nicht zu gewinnen vermag, wofür allerdings in dem protestantischen Teil der Bauernschaft, in den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden und im Beamtentum das gerissene Demagogentum der äußersten Rechten große Eroberungen zu machen verstanden hat. Die sozialistische Arbeiterschaft umfaßt wie in Bayern ein schwaches Drittel der Bevölkerung. Der bürgerlichen Demokratie, vor Jahrzehnten in Württemberg tonangebend, wird von der sehr rührigen Propaganda der Rechten das Leben sauer gemacht. Für die Deutsche Volkspartei, die in Württemberg erst geraume Zeit nach ihrer Gründung im Reiche zum Leben erwachte, verbleibt unter den gegebenen Verhältnissen nur ein schmaler Boden in den Teilen der Industrie-, Handels- und Beamtenkreise, die der Demokratie zwar untreu geworden, aber der äußersten Rechten noch nicht in die Arme gefallen sind.

Die Regierung wurde vom November 1918 bis Juli 1920 von der Sozialdemokratie, den Demokraten und dem Zentrum, vom Juli 1920 bis November 1921 nur aus dem Zentrum und den Demokraten, vom November 1921 bis Juni 1923 wieder von den drei ersteren, seit Juni 1923 wieder von den zwei letzteren Parteien gebildet. Zurzeit regiert also wieder eine Minderheitsregierung, der genau wie in der Periode der Minderheitsregierung 1920/21 die Rechte sich aufzudrängen versucht. Trotz dieser Anbiederung war die Regierung auch in der letzten Landtagstagung bei wichtigen steuer- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen, weil die rein agitatorisch eingestellte Rechte versagte.

Schon dieser Umstand, aber auch die entschieden demokratischen Kräfte, die bei den Deutschdemokraten zahlreich, beim Zentrum weniger zahlreich, aber lebhaft tätig sind, bewirken, daß die Regierung den Rechtsanschluß bisher abgelehnt hat. Eine starke Rechtsschwenkung des vom Zentrumsabg. Bolz geleiteten Innenministeriums haben aber auch diese Kräfte nicht zu verhindern vermocht. Unter starker Förderung der leitenden Polizeibeamten konnten sich die rechtsradikalen Kampfverbände im letzten Jahre in Württemberg stark ausbreiten. Eine gegen Hundertschaften, Stoßtrupps usw. auf Grund des Diktaturparagraphen erlassene Verordnung wird gegen links mit Strenge, gegen rechts überhaupt nicht, höchstens mit vereinzelten Scheinmaßnahmen, durchgeführt. Auch den neuerdings im ganzen Lande gegründeten und vielfach bewaffneten bürgerlichen „Selbstschutzorganisationen" und „Schützenvereinen" der Jungbauern geschieht nichts, obgleich da und dort schon terroristische Bluttaten von ihnen verübt wurden. Es ist sogar vorgekommen, daß dieser „Selbstschutz" als örtliche „Hilfspolizei" mit weitgehenden Befugnissen anerkannt wurde. Die staatliche Ordnungspolizei steht unter Leitung einer rechtsgerichteten Bureaukratie und verstärkt sich neuerdings mit der Begründung, daß die kommunistische Gefahr drohend ihr Haupt erhebt, sehr beträchtlich aus den aktivistischen Rechtskreisen.

Im Hinblick auf diese Vorgänge hielten die Deutschnationalen ihre Zeit für gekommen, als die Rebellion Bayerns gegen das Reich einsetzte. Mit Druckmitteln aller Art suchten sie die Landesregierung zur Unterstützung Kahrs zu zwingen. Durch Resolutionen, Deputationen und Kundgebungen der verschiedensten Art belehrten die „Vaterländischen Verbände", die „Nationalsozialisten", die Bürgerpartei die Regierung darüber, daß sie alle „Bindungen zur Internationale" zu lösen und einer „tatkräftigen deutschvölkischen Regierung" Platz zu machen habe. Dieser von Berlin befohlene Sturm auf die württembergische Regierung hat bisher keinen sichtbaren Erfolg gehabt, nicht einmal den, daß die Deutschnationalen in die derzeitige Regierung aufgenommen worden waren. Staatspräsident Dr. Hieber hat auf der Ministerkonferenz in Berlin über seine ablehnende Stellung gegenüber dem bayrischen Bruch der Reichsverfassung keinen Zweifel gelassen, und der Zentrumsminister Bolz hat in öffentlicher Rede sein Bedauern über die bayrische Politik ausgesprochen und erneut eine einseitige Rechtspolitik ebenso scharf abgelehnt wie eine einseitige Linkspolitik. Die Folge ist, daß nun auch Herr Bolz auf der Rechten, wo man ihn in den letzten Wochen viel Schmeichelhaftes gesagt hatte, in Ungnade gefallen ist. Die extrem deutschnationale „Süddeutsche Zeitung" bespritzt ihn mit so viel Gift und Galle, daß man meinen könnte, Herr Bolz wäre über Nacht ins Lager der Kommunisten übergegangen. Wie lange dieses Verhältnis so bleiben wird, läßt sich nicht voraussagen. Es sind auch im württembergischen Zentrum Kräfte am Werk, die lieber heute als morgen eine Koalition mit den Deutschnationalen wünschen. Diese Kräfte werden sich durch die Angriffe gegen ihren Minister von rechts her nicht irre machen lassen. Erlangen sie die Oberhand in ihrer Partei, so wird das die Gefahren für den Bestand des Reiches nur vermehren.

Die polnische Kabinettsumbildung.

Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Das polnische Kabinett, das bekanntlich auf einer Koalition des chauvinistisch-klerikalen Rechtsblocks mit der bäuerlichen Witospartei beruht, ist in der vergangenen Woche teilweise rekonstruiert worden. Drei Minister des Rechtsblocks — für Landwirtschaft, Unterricht, Aeußeres — sind zurückgetreten und durch andere Führer derselben Richtung ersetzt worden. Der bisherige Außenminister Sevda ist als Staatssekretär im Ministerium des Aeußeren verblieben, und als Minister ohne Portefeuille ist Korfanty der — in der Verfassung gar nicht vorhandene — Posten eines Stellvertreters des Premierministers übertragen worden.

Die Rechte stellt die parlamentarische Bedeutung dieser Umbildung so dar, als seien nur drei Minister der Rechten durch drei andere ersetzt worden. In Wirklichkeit sind aber, wie aus der obigen Darstellung hervorgeht, fünf Rechtsparteiler an die Stelle der drei getreten. Berücksichtigt man nun noch, daß unter diesen fünf sich Leute von dem Einfluß Dmowskis und der Popularität Korfantys befinden, so ist der Ruck nach rechts, der in dieser Umbildung liegt, unverkennbar. Hatte der Rechtsblock ursprünglich, um die schwankende Gestalt Witos für sich zu gewinnen, ihm und seiner Partei erhebliche Zugeständnisse machen müssen, so hat er ihn jetzt auf die Stellung eines bloßen Statisten herabgedrückt. Demgemäß ist das umgebildete Kabinett zunächst wohl stärker als das bisherige, das eine Festlegung allerdings sehr nötig hatte, aber sein Bestehen für die Dauer ist damit nicht besser gesichert. Denn es ist fraglich, ob ein Rechtskabinett, in dem die Witosleute nur noch Staffage bilden, auf die Dauer den Forderungen der Witospartei und — dem Ehrgeiz ihres Führers genügen kann.

Ein oppositionelles Blatt in Warschau hat zu dieser Kabinettsumbildung sehr richtig bemerkt, daß sie der letzte Versuch der Rechten sei, sich zu behaupten. Man muß freilich hinzusetzen: der letzte legale Versuch. Denn die polnische Rechte steht unter dem Geist, der aus der Ermordung des polnischen Staatspräsidenten durch einen fanatischen Narren eine Heldentat machte. Welche Früchte dieser Geist bringen wird, wenn die Rechte einmal endgültig den legalen Boden unter sich schwanken fühlt, ist nicht abzusehen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 7. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		6. November.	5. November.
Amsterdam	1 fl.	164 588 000 000	51 870 000 000
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	20 948 000 000	6 683 000 000
Kristiania	1 Kr.	63 441 000 000	19 950 000 000
Kopenhagen	1 Kr.	73 017 000,000	22 943 000 000
Stockholm	1 Kr.	112 119 000 000	35 312 000 000
Helsingfors	1 finn. Mk.	11 372 000 000	3 591 000 000
Rom	1 Lire	18 953 000 000	6 005 000 000
London	1 £	1 895 250 000 000	598 500 000 000
Neuyork	1 Dollar	418 950 000 000	129 675 000 000
Paris	1 Frs.	24 339 000 000	7 840 000 000
Zürich	1 Frs.	75 411 000 000	23 741 000 000
Madrid	1 Pesetas	56 439 000 000	17 756 000 000
Wien	100 Kr.	5 985 000 000	1 885 000 000
Prag	1 Kr.	12 469 000 000	3 950 000 000
Budapest	1 Kr.	22 942 000 000	7 480 000 000

Zur Abwehr!

Aufruf der Gewerkschaften!

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen richten folgenden Aufruf an die Arbeitnehmerschaft:

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Von außen aufs schwerste bedrückt und inmitten einer scharf zugespitzten innerwirtschaftlichen Krise wird die Reichseinheit und der Bestand der Republik durch gewaltsamen Ansturm gefährdet. Die durch die Weimarer Verfassung gewährleisteten Volksrechte sind bedroht.

Die soziale und wirtschaftliche Not der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rentner und der übrigen unbemittelten Volksschichten wird von Tag zu Tag unerträglicher. Kommt dazu noch der Kampf der einzelnen Volksgenossen gegeneinander, so werden damit die letzten Möglichkeiten einer Behebung der außen- und innenpolitischen Nöte zerstört.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Verbände als Vertretung des werktätigen Volkes rufen ihre Mitglieder und alle übrigen auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Volkskreise auf, sich zum Schutze der Verfassung und der Republik zur Verfügung zu stellen, wie auch die Gewerkschaften selbst ihre Organisationen zur Abwehr bereitstellen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände.
Allgemeiner Freier Angestellten-Bund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
Deutscher Beamtenbund.

Vermischte Nachrichten.

Waldverwüstungen im besetzten Gebiet. Schon vor 100 Jahren haben die Franzosen bei der Besetzung des Rheinlandes traurige Spuren hinterlassen, indem sie die Wälder niederschlugen und die Landschaft verwüsteten. In der Eifel wirken die von ihnen verursachten Schäden bis auf den heutigen Tag nach. Alles dies wird aber weit übertroffen durch die Art, wie die Franzosen jetzt im besetzten Gebiet hausen. Wie in „St. Hubertus" mitgeteilt wird, fällen sie z. B. im Hundsrück grundsätzlich nur die schönsten Stämme, ohne Rücksicht auf irgendwelche Waldpflege zu nehmen. Dort stehen im Schutzbezirk Deuselbach große Bestände von 150 Jahre alten Weißtannen, die in jahrzehntelanger Pflege aufgespart wurden, um den Bedarf an ganz besonderen Starkhölzern decken zu können. Diese Stämme sind durchweg 24 bis 29 Meter lang bei einem Mitteldurchmesser bis 60 Zentimeter und einem Kubikinhalt bis zu 7 Festmeter das Stück. Zweidrittel der Länge ist astrein, kerzengerade, gesund, so daß hier ein Material vorhanden ist, wie es selten in Europa vorkommt. Diese Zierden des deutschen Waldes haben die Franzosen weggeschlagen und auf Lastkraftwagen wegschleppen lassen. „Wenn diese französische „Forstpflege" noch ein paar Jahre weitergeht wie bisher", bemerkt die genannte Zeitschrift, „dann ist der linksrheinische Wald wiederum auf 100 Jahre vernichtet, das ganze Land klimatisch dazu. Auch sonst hat Frankreich in allen linksrheinischen Forsten schon furchtbar gehaust. Allein im Seenwalde sind über 300 Morgen bester Fichtenbestände abgetrieben worden."

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapie.

28. Fortsetzung.

Sulette riß die Augen auf, die Gefährtin drängte sich noch dichter heran:

„Denken Sie doch! Wenn ein Weib sich allein in einer Kammer auszieht und vor jedem Blick sicher zu sein glaubt! An Nichtigkeiten kann man erraten, ob sie noch unberührt ist oder nicht, ob sie kokett, ihren Körper liebt, Begierden oder Laster hat ... Um so leichter, da man in diesen Hotelzimmern zuweilen einen Spiegelschrank und manchmal auch auf einem Möbel ein scheinbar vergessenes Album, mit Aktstudien für Maler, findet ... Sie haben gedient, wissen sicher, daß man, ohne die Gnädige in ihrem Schlafzimmer zu sehen, vom Aufräumen allein darauf schließen kann, ob sie einen Geliebten hat oder nach einem begehrt, ob die Ehe sie anwidert oder ihr Vergnügen bereitet ... mit um so größerem Rechte kann man das, wenn man jemand vor einem Spiegel sich langstrecken sieht ... und, weiß Gott! die Unberührten, Verheirateten, Keuschen, Dirnen, alle haben eine verschiedene Art, in der Verschwiegenheit ihrer Kammer Weib zu sein."

Sulette lächelte gezwungen:

„Es ist wirklich wahr, die Art, etwas zu tun oder zu unterlassen, zeigt, bis zu welchem Grade man Weib ist."

Die Gefährtin fuhr lauter fort:

„Das sage ich Ihnen! Diesen Werbern für das Laster gelingt es, nachdem sie den Entkleidungen zugesehen, mit sicherem Erfolg, gebieterisch an die armen Mädchen heranzukommen, die nicht schlecht geworden wären, wenn man sie in Ruhe gelassen hätte, denen nur die Widerstandskraft fehlte ... Voraussetzung, daß ihr Fleisch nicht stärker war als sie."

Ein leidender Ausdruck kam in der Haltung Sulettes, deren Aufstützen auf den Tisch fast einem Liegen glich, zum Vorschein.

„Legen Sie sich doch aufs Bett", riet die Sprecherin.

Und während jene den Platz wechselte, fügte sie hinzu:

„Sehen Sie, ich tändle nicht bei der Toilette, trotzdem bin ich das Opfer eines Hotels geworden."

Dicht bei ihrem Kopfkissen niedersitzend, stand sie der Wißbegierde Sulettes Rede:

„Das hat sich ein Jahr nach meiner Ankunft in Paris ereignet. Ich war von der Küste, gegen Schluß der Ferien, von wohlhabenden Leuten in den Vierzigern, einem Advokaten und seiner Frau, kinderlosen Leuten, mitgebracht worden. Ich fühlte mich riesig glücklich, bekam viel und gut zu essen und hatte wenig Arbeit. Dann, ich war noch nicht achtzehn Jahre, entwickelte ich mich wie Sie sehen: kräftiger Körper, starke Brust und Hüften, dabei behielt ich meine frischen, normannischen Farben. Ich konnte nicht einen Schritt auf die Straße tun, ohne von Galanterien, sogar seitens der Schutzleute, behelligt zu werden. Ich mußte es dulden, aber in der Julihitze fing der Herr selbst an, aufdringlich zu werden. Da habe ich gekündigt. Ein unanständiges Leben lag nicht in meiner Absicht, hatte ich doch einen Bräutigam, und es war alles genau verabredet; ich sollte, solange er beim Regiment stand, in Paris bleiben, um die Hauswirtschaft zu lernen. Waren wir dann alle beide frei, wollten wir heiraten und in Granville eine Restauration übernehmen

Ich wende mich also an ein Vermittlungsbureau. Bei meinem Eintritt sehen der Mann und die Frau einander an, sagen unfreundlich zu mir:

„Wollen Sie zu Leuten gehen, die erwachsene Söhne im Alter von zwanzig bis zweiundzwanzig Jahren haben und ein hübsches Dienstmädchen wünschen?"

Ich lehne ab, da werden sie noch unfreundlicher und in heftigem Tone sagen sie:

„Sie sind schwer unterzubringen, wenn Sie sich zu keinem Scherz hergeben wollen.

Sind ein zu hübsches Mädchen, das ist genau so ein Fehler, wie wenn Sie zu häßlich, einäugig oder buckligwären. Es darf keinerlei Uebermaß sein. Sie müssen begreifen, daß kluge Leute um keinen Preis ein Dienstmädchen mögen, das zu viel physischen Reiz hat."

Sulette nickte mit dem Kopf:

„Ja, ich habe einmal eine Dame gehört, die beim Anblick einer sehr hübschen Arlesierin wie vor der Pest aufschrie: „Das will ich nicht! Will ich nicht! Ich habe keine Lust, alle Hofen des Quartiers in mein Haus zulocken!"

„In der Tat", ergriff die Gefährtin wieder das Wort, „war ich nach Ablauf meiner acht Tage, ohne Stellung, sah mich also gezwungen, mit dem Koffer ins Hotel zu ziehen. Ungebeten nennt mir der Vermittler eines in der Nachbarschaft als billigstes. Ich gehe hin und entscheide mich für eine Kammer: Tag und Nacht zwanzig Sous. Ich ahnte noch nichts von dem Handel solcher Hotels, aber man mußte durch ein Zimmer mit Weinschank gehen; Eigentümer wie Gäste hatten nichts Vertrauenerweckendes, dazu wechselten sie miteinander verstohlene Blicke. Kurz, gleich am ersten Abend faßte ich, trotzdem ich doppelt verschlossen hatte, den Gedanken, mit Koffer und Fauteuil die Tür zu verbarrikadieren. Ich habe ruhig geschlafen. Den zweiten Abend, ich komme todmüde nach Hause — den ganzen Tag war ich umhergelaufen, etwa ein Dutzend Adressen aufzusuchen —, verstelle noch meine Türe und lege mich sofort nieder, lösche die Kerze, und fast im selben Augenblick schlägt draußen eine Wanduhr. Ich hatte vergessen, nach der Zeit zu sehen und ob meine Uhr richtig ging; da sie auf dem Nachttisch beim Licht lag, zünde ich ein Streichholz an, um auf sie zu schauen, werfe dann das Hölzchen weg. Ich glaubte es ausgeblasen zu haben, aber es fällt, ohne erloschen zu sein, auf den Teppich. Jetzt beuge ich mich ganz über den Bettrand, es zu fassen — und im selben Moment, in der Stille, in dem von einem Lichtschein durchzuckten Dunkel, erblicke ich eine große Hand, die sich darauf legt."

Eine Pause des Entsetzens. Sulette riß vor Schreck den Mund auf und prüfte instinktiv den ihr fremden Ort.

Die andre fuhr fort:

„Wie man einen solchen Schreck nur überleben kann! Ich wollte schreien, unmöglich! Aufspringen, unmöglich! Mich überkam es wie ein Schwindel, alles Blut wich aus meinem Kopf, ich fiel in Ohnmacht!"

Sie schwieg abermals.

„Als ich wieder zu mir kam, war es Tag. Ich glaubte zuerst an einen wüsten Traum. Nein. Ich war gebraucht worden, der Schmerz bewies es, Blut, und alles ... ich hatte einen üblen Arzneigeschmack auf der Zunge. Da packte mich Furcht, Verzweiflung und Scham! Aber besonders die Furcht, die Furcht! Ich zog mich an und bin wie eine Wahnsinnige auf die Straße gerannt, hatte nur einen Gedanken: fliehen. Bin lange Zeit gelaufen, dann habe ich mich auf eine Bank in einer Allee: gesetzt, wo wenig Leute vorbeigingen; da sind mir die Tränen gekommen. Was tun? Was sagen? An wen mich wenden, bei wem mich beklagen? Wie beweisen, was nutzt es! Da begreift man erst, wie wenig ein Dienstmädchen in Paris gilt, wie das bewertet wird, was das zählt! Und diese Einsamkeit, Unkenntnis, dieses: „Nichts hilft dir!"

„Ja," sagte Sulette, nachdenklich mit dem Kopf nickend, „es gibt Fälle, da kommt es einem vor, als wäre man in einem fremden Lande, dessen Sprache man nicht verstände, so wird man sogar am Sprechen gehindert ... Und mit solcher Sicherheit zu wissen, daß zu unsern Gunsten gar nichts existiert!"

Die Gefährtin stand auf und begann sich auszuziehen, dabei ununterbrochen weiterredend:

„Trotzdem glaube ich, daß es mehr gute Menschen als schlechte gibt. — man muß nur das Glück haben, auf gute zu stoßen. Hören Sie weiter: eine verschleierte Dame mit ganz gelber Gesichtsfarbe hat sich auf meine Bank gesetzt und mich gefragt, warum ich weinte. Ich erzählte ihr das Verbrechen, — nicht wahr, einer Frau, das war doch möglich? Ich hoffte, sie würde mich vielleicht mitnehmen, mich irgendwo unterbringen. Aber Staunen und Schrecken ergriff sie, und ich glaube auch Abscheu, mich so verletzt zu wissen ... es mochte wohl ein altes Fräulein sein ... hastig, hastig durchwühlte sie mit zitternden Händen ihre Tasche, gab mir einen Hundertfrankschein, rief, ohne auf Wiedersehen oder sonst was zu sagen, einen Kutscher an und eilte davon."

Sulette richtete sich plötzlich auf dem Kissen empor, da sie im Winkel der Kammer etwas wie ein Geräusch von Mäusen vernahm.

Die Gefährtin zuckte die Achseln:

„Sie haben den Schieber gehört! Es ist einer da, der uns beobachtet ... Ach! Wenn Sie die Wände noch so genau prüfen, Sie werden die Stelle nicht finden ... Diese Vorhänge, Gemälde und die mit Stoffen drapierten Spiegel sind eigens dazu da ... das muß man ertragen oder eben drei Frank die Nacht bezahlen."

Sie legte ihr Korsett weg — Busen, Arme zeigten die vollendet runden Formen einer Marmorstatue. Ihre Stimme nahm gleichgültigen Klang an:

„Ich hatte noch Glück in meinem Unglück: Folgen blieben aus, keine Krankheit, kein Kind. Allein, statt in meine Heimat zurückzukehren und mich zu verheiraten, bin ich in Paris geblieben."

(Fortsetzung folgt.)

Zeitungs-Austrägerin

für **Rensefeld** (8117

zu sofort gesucht bei guter Entlohnung.
Zu melden bei: Giese, Rensefeld.

Am Sonntag morgen verstarb unsere Tochter **Paula** im Alter von 18 Jahren.

Tief betrauert von ihren Eltern und Geschwistern (8118

Martin Walter und Familie.

Die Beerdigung findet am 8. Nov., 4 Uhr, auf dem St. Lorenz-Friedhofe statt.

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch. Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling (8191
32 Holstenstr. 32

Steppdecken (auch Neubezieben).
Spethmann, Breite Str. 31. (8077)

Brillanten große Objekte, Gold-, Silber-, Münzen-, Platin- alte Gebisse kauft ständig **Alfred Frick, Hüxstr. 63.** (8120

---

1 kl. Keller

zu mieten gesucht. Ang. unt. **C 432** an die Exp. d. Bl. (8125

Kasperle-Theater geg. Briefmarken-Album zu tauschen gesucht. (8127
Steinrader Weg 32, 1.

Noch wirklich preiswerte (8132
Stoffe für Anzüge, Kostüme und Mäntel kaufen Sie am besten nur bei **Kesten**, Holstenstraße 17, I.
(Eventl. auch Zahlungserleichterung.

Gas-, Strom- und Wasser-Gutscheine
(gültig bis 10. November)
werden zu günstigen Bedingungen von uns angenommen. (8134
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote).

Der Neue Weltkalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 30 Pfg.

Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

Alt-Eisen, alte Maschinen, Dampfkess. j. Art, Huf- u. Schmiedeeisen, Späne-, Schmelz-, Gußbruch.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Stanniol, Späne
Papier kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede.
Fabrikationsbetriebe.
Leon Lissianski, Kanalstr. 21 Obertrave 19. Großhandel. Großhandel. Fernspr. 876. (8118

Visitenkarten fertigt an die **Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.**

Haltb. Hosenträger Dauerwäsche Krawatten 7632
in großer Auswahl
Seiden-Schals
Aug. Janensch, Sandstraße 6.

Trocadero. Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. (8122

Sozialdemokratisch. Verein Lübeck.

Freitag, den 9. November, abends 7½ Uhr, (8133) **Außerordentliche**

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

Der 9. November.

Mitgliedsbücher mitbringen.
Ansprache, Musik und Gesang.
Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.
Ortsgr. Siems, 7½ Uhr bei **Schwarz,** Redner **Steinberg.**
Ortsgr. Kücknitz, 7 Uhr bei **Dieckelmann.** Redner: **Göhr.**
Ortsgr. Moisling, 7½ Uhr im **Kaffeehaus.** Redner: **John.**
Ortsgr. Schönböcken, 7½ Uhr im **Landhaus.** Redner: **Reisberger.**

Hansa-Theater.
Nur noch **3** Aufführungen:
heute Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 7½ Uhr
Gastsp. **Margret Wagner**
Die schöne Rivalin.
In Vorbereitung: Frühlingsfee.

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, 7,30 Uhr: **Tiefland.** (8128
Freitag, 7,30 Uhr: **Schöne Galathee, Brüderlein fein, Ungarische Tänze.**
Nachm. von 3–6 Uhr Einlösung der Abon.-Karten an der Theaterkasse.

Bei Einkäufen geht man nur zu den Inserenten unserer Zeitung!

Metropolis
Täglich 8 Uhr:
Sensationelle Vorstellung und Tanz.

Starke Café u. Konditorei
Königstr. 25
Täglich: **Künstler-Konzert!**

Spanetti
die beste Milch-Schokolade

August Haerder & Co.
Damen- und Herren-Bekleidung
Sandstraße 1.

Alexander Krott
Königstraße 47
Spezial-Geschäft für feine Lederwaren, Reisekoffer, Reise- und Damentaschen in reicher Auswahl.

Reserviert für
H. Mecklenburg & Co.
Papiergroßhandlung

Christian Gräeff
Mengstraße 56 * Telephon 8280
Generalvertreter der
„Dema"-Margarine-Werke
Spandau-Haselhorst

Gebr. Hirschfeld
Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion
Breite Str. 39-41 Fernruf 106.

Nordische Käsefabrik
Bernhard Horstmann A.-G.
Lindenstr. 20-22 Fernspr. 8178
Spezialität: Weichkäse

Grützmühle Carl Moll, Lübeck
Telefon 524 und 350 :: Alsheide 12/14
Futter für Hühner ✓ Grützabfälle für junge Schweine
Garantiert reines Schrot zum Mästen ✓ Umtausch von Getreide in Grütze, Flocken usw.

Hermann Blunck G.m.b.H. H·B Kohlen-Koks-Briketts Mühlenstrasse Nr. 34 Lager: bei der Gasanstalt Nr. 5 Fernsprecher: Nr. 8670 u. 8378

Eiform-Briketts
Billiger wie Koks! Große Heizkraft!
empfiehlt
Hermann Blunck G. m. b. H.
Kontor: Mühlenstraße 34. Lager: Bei der Gasanstalt.
Fernsprecher 8670 und 8378.

Café Stammer
Konditorei — Café
Lindenstraße 1b

„Back-Pulver"
von Julius Böttcher, Lübeck
ist Friedensware!
Man achte auf den Preisunterschied.

Gebr. Röchling G. m. b. H.
Kohlen * Koks * Briketts
Böhmische Braunkohlen, Holz und Torf
Hauptkontor: Schüsselbuden 16 * Lager: Kanalstraße 3–5 * Fernspr. 3437, 3438

Welche Firmen müssen unsere Leser kennen?

(A.) **Geschäftliche Rundschau und Dauer-Fahrplan.** (Musterschutz.)

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg: 5^56, 7^47, 9^43 D, 11^00, 1^26, 3^44, 4^17, 7^22, 8^20 D, 9^30 S, 9^35.
Travemünde-Niendorf: 5^27 W, 8^00, 2^07, 6^58.
Eutin: 7^14, 12^08, 1^42 D, 2^00, 7^25.
Büchen: 5^00, 8^00, 1^30, 4^18 D, 6^00. — **Segeberg:** 1^30 W, 2^10 S, 7^30.
Kleinen: 7^20, 9^37 D, 12^02, 5^24, 7^53, 9^25.
(Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

HAGEN & Co, LÜBECK
Untertrave 44-45 **Fernsprecher 2342 u. 8264**
„Kosmos"-Maschinenöle. „Lubrovalvin"-Cylinderöle. Maschinenfette.
Techn. Bedarfsartikel :: Treibriemen in la. Kernleder, Balata, Kameelhaar, Baumwolle usw.
Schiffsausrüstungen für Deck und Maschine. Größtes Lager am Platze.
Prompte Lieferung. Fabrik Hamburg. Gegründet 1853.

Kohlen-Jhrke

Wo kauft der Arbeiter Lübecks feine Lebensmittel?
In der Feinkosthandlung
Paul Burmester jun.
Hauptgeschäft: **Holstenstraße 24.** Fernsprecher 3763.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Café Köpff
Vornehmstes Familien-Café
Lübeck. Breite Str. 89.

Dampfbäckerei „Hansa"
Lübeck
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen überall!

J. HÖPPNER
Groß-Destillation
Weinhandlung * Likörfabrik
Lübeck, Beckergrube 66
Fernsprecher 2247.

Central-Meierei Inh. Otto Struve Lg. Lohberg 9 Telephon 1837.

Nur **gute** Schuhe
Schuhwarenhaus Auguste Popp
sind **billig!**

LUDWIG ZANDER
GOLDSCHMIED
Marlesgrube 3 * Fernspr. 8700.

B. Glogner & Co.
Kanalstraße 32-34
Stahl, Eisen, Metalle, Schrott.

An- u. Verkauf von Herren- u. Damenkleidern, Schuhen usw.
HERM. FRIEDER, Depenau 41.

Leon Lissianski
Eisen ¤ Metalle ¤ Rohprodukte
Kanalstraße 21
Telephon 8760.
Obertrave 16
Telephon 876.

An- u. Verkauf von Herren- u. Damen-Garderoben, Fußzeug, Fahrrädern usw. **Karnapp, Krähenstraße 34,**

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Fernspr. 8330-8333. Abteilung Mühlenstr. 62 Fernspr. 8720-8723.
Koks ◦ Kohlen ◦ Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.
Nebenstelle Holstentorbrücke :: Fernspr. 8330.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Mittwoch, 7. November 1923. Nummer 255.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 7. November.

Bei vollen Scheunen!

„Und das Volk wird bei vollen Scheunen verhungern!" — so sagte Graf Westarp im Reichstage. Diese Worte des Vertreters der Krautjunker zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wohin uns die Nebenregierung der Patentpatrioten, der Helfferich, Hergt im Verein mit dem Konsortium der Spekulanten und Schieber gebracht hat. Während des Krieges war es die Entente, die uns durch Abschneiden der Lebensmittelzufuhr am Hungertuch nagen ließ; dann kam die Nachkriegsblockade, woran wieder unsere unerbittlichen Feinde schuld waren. Jetzt, nach dem letzten großen Versuch, sich der eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen, nach dem Zusammenbruch des Ruhrabenteuers fühlt sich die Reaktion erstarkt genug, mit offenem Visier zu kämpfen und erklärt, „wir lassen die Proletarier in den Städten verhungern." Wohl niemals in der Weltgeschichte dürfte sich eine solche Tragödie auf der Weltbühne abgespielt haben, daß ein Volk im Herbst nach einer anerkannt guten Ernte dem Verhungern nahe ist. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit hatten wir eine organisierte Hungersnot, d. h., es war zu wenig zum Leben, aber zu viel zum Sterben da (das letztere galt nur für die gesunden Individuen, denn die Kranken, besonders die Tuberkulösen, starben im Kohlrübenwinter in Massen ab, daher bis jetzt unsere auffallend guten Sterblichkeitsverhältnisse trotz der chronischen Hungersnot). Aus dieser Zeit des chronischen Hungers sind wir in das Stadium des akuten Hungers eingetreten. Waren sind vorhanden, aber sie können nicht gekauft werden, weil das Realeinkommen so gering ist, daß es nicht hin und nicht her reicht. In diesem Jahre sind Tausende Familien nicht in der Lage, sich einen Kartoffelvorrat für den Winter zu schaffen. Die Bauern buddeln dieses deutsche Volksnahrungsmittel wieder ein, der Staat hat nichts unternommen, um die Ernährung durch den Winter zu sichern. Wer Dauerware hat, hält sie so lange wie möglich verschlossen, um sich vor Geldverlust zu schützen. Die Gefahr liegt nahe, daß man nächstens selbst für die verdienten Milliardenscheine nichts mehr kaufen kann, weil die Grossisten und Fabrikanten nur noch gegen wertbeständiges Geld liefern. Das führt selbstverständlich auch zum Zusammenbruch der Kleinhändler. Denn woher sollen sie wertbeständiges Geld für den Einkauf nehmen, wenn die Bevölkerung nur mit Papiermark bezahlt wird?

Diese Lage führt zu unübersehbaren Konsequenzen. Sie führt vor allem zur Untergrabung der Arbeitskraft. Mit hungrigem Magen kann nicht geschafft werden. Ein hungriger Mensch wird apathisch, mißmutig und leicht erregbar. Das sehen wir allerorten und können es besonders im Proletariat beobachten, das durch die ewige Sorge um sein bißchen Nahrung keine Kraft mehr für geistige Tätigkeit aufbringt. Es ist sehr interessant, zu wissen, daß wie in der Jetztzeit auch schon im Mittelalter in Deutschland die Hungersnöte keinen Aufruhr zur Folge hatten, sondern nur dumpfe, hoffnungslose Apathie war die Grundstimmung der Massen. Die psychische Apathie ist die größte Feindin aller Proletarierparteien. Die grauenhaften Folgen, die uns mit mathematischer Sicherheit in diesem Winter bevorstehen, sie sind das Produkt des freien Spiels der Kräfte in der bürgerlichen Wirtschaft. Die jetzige akute Hungersnot ist keine gottgewollte, durch blinde Naturkräfte hervorgerufene, wie z. B. in Rußland oder in Indien, sondern eine Hungersnot, verursacht durch die Konzentration des Volksvermögens in wenigen Händen.

Der Ausspruch des Agrariers, das Volk wird verhungern bei vollen Scheunen, muß immer und immer wieder den Massen in Erinnerung gebracht werden; denn noch kein Volk der Erde sah nach einer guten Ernte dem Hungertod entgegen. Dieses Schicksal steht aber dem deutschen Volke bevor, wenn nicht dem Verhängnis Einhalt geboten wird.

Die Beamtenwirtschaftsgenossenschaft in schwerer Gefahr. Nach dem Bericht des Gen.-Anz. kam es in der außerordentlichen Generalversammlung der Beamtenwirtschaftsgenossenschaft zu gespannten Auseinandersetzungen. Danach steht es um die Genossenschaft nicht günstig. Die Geldentwertung spielt eine Hauptrolle, nicht weniger aber die Tatsache, daß vor längerer Zeit die Mitglieder Geld für den Kartoffeleinkauf eingezahlt haben, dieses Geld aber zu anderen Zwecken verwendet wurde. Es wird hierüber gesagt: „Der Bericht über die Lage der Kartoffellieferung entrollte ein Bild tieftraurigster Zustände, so daß die gewählte Kommission in den vorgefundenen Unterlagen schwer den Stand dieses Geschäftszweiges feststellen konnte. Wie dies zugeht, ist nicht zu begreifen, da doch über die gemachten Bestellungen und Belieferungen, wie aus der Versammlung bekundet wurde, stets übersichtliche Bücher und Anschreibungen vorgelegen haben. Die Debatte führte schließlich zu der Annahme, daß eine Verzichtleistungserklärung seitens eines Teils der geschädigten Kartoffelbesteller erfolgte. Sollte indes eine Verzichtleistung aller Geschädigten nicht erfolgen, so wird sich die Wirtschaftsgenossenschaft schwerlich halten können. Es steht daher zu erwarten, daß alle, welche durch die Nichtbelieferung mit Kartoffeln geschädigt sind, Verzicht auf Erstattung des Schadens leisten. Diese Erklärung muß innerhalb 8 Tagen abgegeben werden, widrigenfalls der Aufsichtsrat sich genötigt sieht, den Konkurs der Genossenschaft anzumelden. Der Genossenschaftsbeitrag wurde auf 5 Renten- oder Goldmark festgesetzt. Der gesamte Vorstand und der Aufsichtsrat legte sein Amt nieder." — Der Verstoß gegen die Mitglieder ist äußerst schwerwiegend und kaum zu verantworten. Mancher ist ungeheuer geschädigt und heute gar nicht mehr in der Lage, einen Kartoffelvorrat für den Winter anzulegen.

Telegrammverkehr und Fernsprechgebühren. Ein Ortsgespräch 7½ Milliarden. Im Telegrammverkehr sind jetzt die wichtigsten Gebühren in Millionen Mark wie folgt festgesetzt: für Ferntelegramme: Grundgebühr 12 000 und außerdem für jedes Wort 6000; für Ortstelegramme: Grundgebühr 6000 und außerdem für jedes Wort 3000; für Zustellung bei ungenügender Aufschrift 18000, für Vorausbezahlung der Eilbestellung (XP) 6000. Fernsprechgebühren. Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 7500 Millionen Mark. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 20 Ortsgespräche mit mehr als 50 bis 1000 Hauptanschlüssen 30 Ortsgespräche, mit mehr als 1000 bis einschließlich 10 000 Hauptanschlüssen 40 Ortsgespräche. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer werden erhoben: bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometern einschließlich 7500 Millionen Mark, von mehr als 5 bis 15 Kilometern 15 000 Millionen Mark usw. — Für dringende Gespräche das dreifache, für Blitzgespräche das hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. — Vortagsmeldung 7500 Millionen Mark. Auskunftsgebühr 7500 Millionen Mark, Streichungsgebühr für Gespräche 7500 Millionen Mark.

Telegraphische Geldüberweisung durch die Post. Für die Einlieferung telegraphischer Postanweisungen und Zahlkarten ist die Schlußzeit bei den Annahmestellen in Lübeck an Werktagen von jetzt ab auf 6 Uhr abends festgesetzt. Bei der Einlieferung nach Schlußzeit und an Sonntagen werden die zehnfachen Gebühren erhoben.

Der Wehrkreiskommandeur gegen den Wucher.

Endlich einmal eine Verordnung, die gehauen und gestochen ist, die mit einer Deutlichkeit und einer verheißungsvollen Energie sich gegen zahlreiche große und kleine Blutsauger am deutschen Volkskörper wendet! Der Militärbefehlshaber in Münster hat mit Zustimmung des Regierungskommissars und nach Anhörung von Vertretern der Landwirtschaft zwei einschneidende Verordnungen erlassen. Die erstere wendet sich gegen die Milchknappheit und den damit in Verbindung stehenden Milchwucher und besagt u. a.:

1. Alle Kuhhaltungsbetriebe, die im März 1921 an eine Sammelstelle frische Milch geliefert haben, sind verpflichtet, das den Eigenbedarf übersteigende Milchquantum restlos an eine Molkerei abzuliefern.

2. Der Erzeugerhöchstpreis ab Hof beträgt zehn Goldpfennige nach Berliner Dollarbriefkurs vom vorherigen Dienstag oder Freitag.

3. Erzeuger, die ihrer Ablieferungspflicht durch eigene Schuld nicht nachkommen, haben die doppelte Menge der rückständigen Lieferung unverzüglich unentgeltlich abzuliefern, anderenfalls erfolgt Enteignung eines entsprechenden Wertgegenstandes durch die Ortspolizeibehörde.

4. Der Erzeugerhöchstpreis für Landbutter ist auf das Zehnfache und für Molkereibutter auf das Elffache des Milchpreises festgesetzt.

5. Jeder gewerbliche Butter- und Käseaufkauf vom Erzeuger und Verschickung durch die Post oder Eisenbahn ist ohne Erlaubnis des Oberpräsidenten verboten.

6. Die Polizeibehörde wird ermächtigt, die erforderliche Durchsuchung in den Räumen der Post und Eisenbahn vorzunehmen.

7. Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren oder 15 000 Goldmark bestraft. Die Aburteilung erfolgt durch ein Ausnahmegericht. Die Schuldigen sind zunächst in Polizeihaft zu nehmen mit sofortigem Antrag auf Schutzhaft. Die Namen der Verurteilten werden auf ihre Kosten veröffentlicht.

Eine weitere Verordnung betrifft die Ablieferung von Kartoffeln:

Jeder Landwirt ist verpflichtet, mindestens ein Drittel seiner den Eigenbedarf übersteigenden diesjährigen Kartoffelernte bis zum 10. November 1923 abzuliefern bezw. der Gemeindebehörde anzubieten. Wenn jemand dieser Verpflichtung bis zum 10. November schuldhaft nicht genügt hat, so wird das Doppelte der rückständigen Kartoffelernte ohne Entschädigung nach Anordnung des Landrattes bezw. Oberbürgermeisters enteignet. Der Höchstpreis für Kartoffeln beträgt zwei Goldmark ab Hof je Zentner nach dem am Tage vorher amtlich festgestellten Berliner Dollarbriefkurs. Jedes zur Zeit der Lieferung gesetzliche Zahlungsmittel muß in Zahlung genommen werden. Die Handelsspanne darf 15 Prozent des Erzeugerpreises ausschließlich Fracht nicht überschreiten; davon entfallen auf die Großhandelsspanne fünf Prozent, auf die Kleinhandelsspanne zehn Prozent. Wer den festgesetzten Höchstpreis überschreitet, oder wer einen höheren Preis anbietet, wird mit den gleichen Strafen bedacht wie oben.

Wünschenswert wäre es, wenn auch den Wucherern mit Fleisch und sonstigen Nahrungsmitteln, ja wenn den Wucherern überhaupt mit gleicher Schärfe zu Leibe gegangen würde. Was nützt aber schließlich die Festsetzung des Höchstpreises in Goldmark, wenn Lohn- und Gehaltsempfänger mit völlig entwerteten und noch immer tiefer sinkenden Papiermark entlohnt werden? — Immerhin verdient dieses Vorgehen Nachahmung.

Sprachdummheiten.

O, was ist die deutsch Sprak für ein arm Sprak, für ein plump Sprak! — würde Lessing sagen, wenn er den Aufdruck der neuen Goldmarknote zu Gesicht bekäme. Die bewegliche deutsche Sprache ist wie folgt mißhandelt:

Eine
Goldmark
wird gegen Einreichung dieser
unserer bis 31. März gültigen
Einzahlungsquittung
deren Inhaber ohne Legitimationsprüfung in deutscher Reichsmark nach umstehenden Bestimmungen von uns unter Garantie des lübeckischen Staates zurückgezahlt.

— — — —

Um den Sinn herauszubringen, ist eine gewaltige Gehirnverrenkung nötig. Wäre der Wortlaut nicht so augenfälliger gewesen:

Eine Goldmark
in deutscher Reichswährung zahlen wir bis 31. März 1924 unter Garantie des lübeckischen Staates dem Einlieferer dieser Quittung ohne Ausweisprüfung.
Bestimmungen umseitig.

In scharfem Gegensatz zu den vorstehend gezeigten langatmigen Sätzen stehen manche öffentliche Bekanntmachungen lübeckischer Behörden. So erläßt das Amtsgericht z. B. in einer Ehescheidungsangelegenheit eine Aufforderung, die so lautet:

. . . . . Ehefrau klagt gegen Maschinenbauer . . . . unbekannten Aufenthalts, mit Antrag, Ehe der Parteien zu scheiden. Klägerin ladet Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht Lübeck mit Aufforderung usw.

Ist das etwa die viel geforderte und verheißene Sparsamkeit bei den Behörden, daß man anfängt, die deutsche Sprache zu verstümmeln, um vielleicht eine Zeile an einer amtlichen Bekanntmachung zu sparen? Dann können wir ja wohl auf dem Gebiete der Ersparungen noch allerlei erleben. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um das öftere Erscheinen von Bekanntmachungen in solchem unverantwortlichen Deutsch zu verhindern. Die amtlichen Stellen sollten sich vielmehr folgenden Satz aus dem Erlaß des badischen Kultusministers zu Herzen nehmen: „Die Sprachverwilderung durch fach- und sportsprachliche Unarten, durch Telegrammstil und Moderedensarten ist unausgesetzt zu bekämpfen."

Der Sturm auf die Goldmark.

Von der Commerzbank werden gegenwärtig Goldmark gegen Papiergeld eingewechselt. Es gab aber nur bis zu drei Goldmark. Der Andrang zu der Bank am Dienstag war so groß, daß die Leute, die sich vor dem täglichen niederdrückenden Verlust der Papiermark sichern wollten, bis zum Kohlmarkt auf der Straße

---

De Schlauberger von Tüttlhütt!

In Tüttlhütt, dat Dörp ligt in de Gegend von Brunsbüttel, seeten de Burjungs Sündag för Sündag bi Fro Kröger in de Gaststuv, qualmten und speeten de Stuv vull, un wenn se genog Grogs, Prügel un de sonstige nödige Bettschwor harn, dann trodbeln se no Hus. — —

Dor seeten se wedder mol tohop an enen Sündag. De olle Grammophon quietsch und quark den leben Dag sin: „Dring wie noch son Dröpchen."

„Noch'n Groten to fief," sä Jochen, un göet sick den Schnaps achter de Binn.

Ober hüt harr sick son Manschettenkönig, wie se de Stadtlüd to nennen plegt, in disse öde Gegend, un grod in de Gaststuv von Fro Kröger verirrt. De Fremdling harr sick no de neeste Saison: Lackschöh, Riegel un Umschlagbüx, in Gala schmeten.

De Burjungs wören sick eenig, dat dat son Schrieberseel ober so wat ut de Grotstadt wör. Se sünnen doröber no, wie se wohl mit den Quietsche anbanneln kunn. Togern harrn se ere Kraftproben den Fedderwischer kosten loten. Se möken sich öber den Fremden lustig und sticheln in eenen weg. Togern harrn de Ingeborenen von Tüttlhütt sick de Tied mit den bunten Vogel verdreben.

Den Stadtjung broch dat gor nich ut de Ruhe. De harr een Been öber dat annere schlogen un schmök all ne ganze Kehd (Kette) von Zigaretten.

Den langen Peter un den Grotknecht Hinnerk wör he doch to fledig, as dat se sick mit em balgen möchen, wenn se ok süns Lust harrn, mit em antobanneln.

Hinnerk meen, dat Peter wohl am besten mit den Quietsche anbanneln kunn, weil he doch as Timmermann schon in Hamborg wesen wör.

Peter bill sick'n barg dorop in. He trock sien Krogen trech, un mit'n puderroden Kopp vertell he den Fremden in een Gemisch von söß Sproken, dat dat Wedder schön wör.

De Fremde wull dat gor nich weeten; denn he muß dat all; denn dorum wer he jo grot no Tüttlhütt kom. Ok de groten Kantüffel kun'n em wenig interessieren.

Peter sien Mission wör gor nich so schlimm as he sick dat toerst dach harr. De Fremde sä to allem Jo und Omen un schnack sogar plattdütsch.

Un dat nich alleen, he wull sogor 'n Grog utgeben.

Dat wull Peter ober nich. Peter meen, man kunn sick doch mol een utroden. Dat wär Hinnerk ok recht. Man kunn jo mol, sä Peter, taxieren, wie grot de Tofel is an de Wand, de dor von den Kegelklüb, un wer am meisten vörbie rod, mut ne Runn betohln. Peter harr sick dacht, du kannst dat wohl ungefähr roden, du bis jo Timmermann, un denn müt dat Blaßgesicht schon betohln, de hett jo keene Ohnung. „Kähnt wie moken", sä d Fremdling, „fangt man an."

Peter keek sick de Tofel genau an, denn sä he, „fifunsösdig Zentimeter".

Hinnerk drück sien Ogen son beeten to un meen: „sösdig". De Fremde wackel mit'n Kopp, möt ne Schippe un sä: „Ick gleuv tweeunsösdig". Se meten no. Hinnerk harr recht. Peter müß betohln un bestell de Runn.

Dat hett em doch argert. Man kunn em dat ansehn, he speel mit sin Finger. „Nochmol", röp Peter. „Wi wöllt mal sehn, wie lang de Balken is dor an de Deek."

De Fedderkratzer schmunzel un sä: „Mintwegen, man to."

Peter keek wohl twee Minuten lang, denn sä he: Dree Meter tein." Hinnerk harr sick dat all intwischen öberlegt: „Dree Meter twindig, meen ick." „Om — dree Meter twolf", meen de Fremde. Ditmol müß Hinnerk betohln.

Nu hebbt se sick beide argert, se wülln doch den Stadtjung mol düchdig rinleg'n. „Nochmol", sä Hinnerk, und nochmol. Peter weer all bannig opregt. Em löp de Schweet lang de Backen. De Dör, de Toonbank, dat Finster, öberhaupt dat ganze Inventar, hebbt se utrod, un nie is de Fremde rinfulln, denn: wenn de een hunnert sä, un de anner hunnertuntein, denn sä de Grotstädter hunnertunfif, un denn wör dat doch unmöglich, dat he rinfalln kunn.

De Lüd von Tüttlhütt sind kuriert. B . . . . . n.

Anschwellen der deutschen Auswanderungsziffern. Deutschlands Not wächst von Tag zu Tag. Es ist in unserem Lande wie in einer belagerten Festung. Der Dollarstand übt eine unsichtbare aber entsetzliche Blockade aus, die alles Leben erdrosselt. Das Gespenst des Hungers geht in den Großstädten und in den Industriebezirken um. Auf dem Lande aber sind gefüllte Scheunen, deren Inhalt nicht in die Städte kommt, weil es dort nicht genügend Dollars gibt. Ein Zustand, der Wahnsinn ist und der das Leben in diesem Lande als unerträglich empfinden läßt. Tausende haben Deutschland verlassen, um sich eine neue Heimat zu suchen. Die Auswandererziffern haben daher seit dem Juli dieses Jahres einen Stand erreicht, wie sie seit einem Menschenalter nicht mehr zu verzeichnen waren. Im ersten Halbjahre 1923 haben mehr als 40 000 Menschen (23 910 männlichen und 16 686 weiblichen Geschlechts) allein über deutsche und holländische Häfen die Heimat verlassen. Während im Januar ein Rückgang der Auswanderung beobachtet wurde, setzt infolge der Ruhrbesetzung und der dadurch verschlechterten Wirtschaftslage ein außerordentlicher Drang in die Fremde ein und im Juni wurde zum ersten Male die Ziffer 10 000 überschritten. Als Herkunftsländer treten vor allem Württemberg, die Pfalz, Braunschweig, Oldenburg, Thüringen und Hessen und unter den preußischen Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein hervor. Als Ausgangshafen steht Hamburg an der Spitze, aber der Anteil Bremens ist in starkem Anwachsen begriffen; Hamburg 57 Proz., Bremen 42 Proz. (gegen 33 Proz. im Vorjahre). Die Ziffern für Amsterdam und Rotterdam fallen nicht ins Gewicht. Da auch noch 19 128 ausländische Auswanderer über Bremen und Hamburg ihren Weg genommen haben, so war das Geschäft der großen Schiffahrtslinien durchaus günstig. Das Hauptzielland deutscher Auswanderung sind heute wiederum die Vereinigten Staaten. In den Monaten Juli und August haben sich 7500 bezw. 9000 Deutsche nach Neuyork eingeschifft. Da die für das Jahr Juli 1923 bis Juni 1924 in den Vereinigten Staaten zugelassene Quote 67 707 beträgt, so muß damit gerechnet werden, daß vom März des nächsten Jahres an bis zum 1. Juli Deutsche in Nordamerika nicht mehr zugelassen werden. Bisher kam ein Erschöpftwerden der Jahresquote nur für Polen, Tschechoslowakei und Balkanländern in Betracht. Wenn sich nicht unerwarteterweise in Südamerika und etwaingen anderen Ländern Betätigungsmöglichkeiten für Deutsche eröffnen, müßte in den ersten Monaten des kommenden Jahres der Zustand eintreten, daß für den ungeheuren deutschen Bevölkerungsüberschuß keine Abwanderung mehr möglich sein wird. Sicherlich aber würden die hier angegebenen Ziffern noch weit höher sein, wenn der größte Teil der Deutschen nicht zu arm wäre, um die nötigen Mittel zur Auswanderung aufzubringen.

standen. Da um 1 Uhr die Schalter geschlossen wurden, konnten nicht alle Wünsche befriedigt werden.

Im übrigen machen sich gemeingefährliche Schieber auch in Lübeck bereits daran, wertbeständiges Geld zu hamstern. Wie uns mitgeteilt wird, wurde gestern auf der Flenderwerft wertbeständiges Geld ausgezahlt. Vor der Werft trieben sich dunkle Gestalten herum, die sich hauptsächlich an jüngere Leute heranmachten und ihnen 10—15 Prozent Aufgeld boten. Diesem Treiben muß jeder einzelne schon im eigenen Interesse scharf entgegentreten. Die Burschen müssen festgehalten und zur Anzeige gebracht werden.

Andererseits darf aber auch nicht, wie es bereits in Hamburg vorgekommen ist, der Fall einreißen, daß nur nach Goldmark Ware abgegeben wird. Noch ist die Papiermark gesetzliches Zahlungsmittel und muß angenommen werden. Wo nach Goldmark verkauft wird, muß die Umrechnung in Papiermark erfolgen. Im Vorteil scheint ja derjenige zu sein, der wertbeständige Zahlungsmittel hat, da er einen respektablen Prozentnachlaß erhält. Es ist ja immer so, daß der Besitzende besser davon kommt, als der arme Schlucker. Hoffentlich dauert es nicht allzu lange mehr, bis genügend wertbeständiges Geld im Umlauf ist und der Arbeiter nach Goldwert bezahlt wird, damit das heillos verworrene Wirtschaftsleben aus dem Sumpf heraustommt.

Solange aber müssen die Behörden einen scharfen Kampf gegen die Volksschädlinge führen. Aber auch die Bevölkerung muß, wie gesagt, die Beamten im Kampf gegen die wilden Spekulanten unterstützen. Wer im Besitz wertbeständiger Zahlungsmittel ist und diese an Aufkäufer abgibt, schädigt nicht nur die Allgemeinheit, der damit dieses Geld entzogen wird, sondern schädigt sich selbst. Kein noch so hohes Papiergeldangebot darf dazu verleiten, die Lübecker Goldmark anders als im legitimen Verkehr und Handel zu verwerten.

Ein Skandal!

Vom Allg. Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben: Wer in diesen Tagen durch die Braunstraße geht oder in derselben zu tun hat, kann sehen, wie die dort stundenlang harrenden Erwerbslosen den jetzigen Witterungsverhältnissen ausgesetzt sind, nur um einen Stempel zu erhalten. **Es ist ein Skandal,** daß trotz wochenlanger Bemühungen die Arbeitsbehörde es nicht fertig brachte, die erforderlichen Räume für ihre Arbeiten, die infolge der stetig zunehmenden Zahl der Arbeitslosen erforderlich sind, zu beschaffen. Damit wird in aller Oeffentlichkeit festgestellt, daß nicht nur die Arbeitsbehörde, sondern auch der gesamte Senat nicht das genügende Verständnis für die jetzige Krise aufbringt. Denn auch dem Senat sind diese Zustände nicht unbekannt, und wenn eine Behörde unfähig ist, ihre Aufgaben zu lösen, so hat der Senat die Verpflichtung einzugreifen. In allen größeren Städten nimmt man heute für die Meldungen der Erwerbslosen Turnhallen. Hier in Lübeck geht es nicht, weil der Vorstand der Oberschulbehörde dieselben nicht hergeben will. Seit mehr denn 6 Wochen bemüht sich der ADGB. um Abhilfe, von dem Grundsatz ausgehend, daß es unverantwortlich ist, die Gesundheit der Erwerbslosen eines Stempels wegen zu untergraben. Alles hat nichts genutzt und nun steht die Arbeitsbehörde vor der Tatsache, daß die Erwerbslosen in den Stempelstreik treten, wenn nicht innerhalb kurzer Zeit Abhilfe geschaffen ist. Vielleicht begreift unsere Regierung endlich, daß Fürsorge und Maßnahmen in der Erwerbslosenfrage soziale Probleme sind, welche großzügig angepackt werden müssen und nicht mehr zu regeln sind mit obrigkeitlichem Wohlwollen. Wir beschränken uns heute auf diese kurzen Zeilen in der Erwartung, daß Senat und Arbeitsbehörde erkennen, daß sofort Abhilfe notwendig ist, wenn nicht größere Differenzen entstehen sollen. Die Gewerkschaften denken nicht daran, für die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit der staatlichen Stellen Prügeljunge zu sein.

Lübecks Seeschiffahrtsverkehr im Oktober.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes sind 150 Dampfer mit 41 624 Reg.-To., 38 Segler mit 3567 Reg.-To. und 5 Seeleichter mit 1990 Reg.-To., zusammen 193 Schiffe mit 47 181 Reg.-To. angekommen und 149 Dampfer mit 43 399 Reg.-To., 46 Segler mit 4707 Reg.-To. und 6 Seeleichter mit 2062 Reg.-To., zusammen 201 Schiffe mit 50 168 Reg.-To. abgegangen. Der Gesamtverkehr belief sich also auf 394 zu Handelszwecken ein- und auslaufende Schiffe, die einen Netto-Raumgehalt von 97 349 Reg.-To. hatten, gegen 406 mit 99 683 im Vormonat und 560 mit 91 928 im Oktober v. J. Der Tonnengehalt ist hiernach gegenüber dem September etwas zurückgegangen, aber gegen das Vorjahr um rund 6000 Reg.-To. gestiegen. Beladen waren einkommend 118 Schiffe mit 36480 Reg.-To. und ausgehend 172 mit 31 520, dem Raumgehalt nach hatten somit 77,3 (1922: 71,1) v. H. der ankommenden und 62,8 (72,7) v. H. der abgehenden Schiffe Ladung. Unter deutscher Flagge fuhren 205 und unter fremder 189 Schiffe, darunter 106 schwedische, 31 dänische, 28 finnische, 4 norwegische, 6 lettländische und 7 estländische. Von den ein- und ausgehenden Schiffen verkehrten 56 mit 8767 Reg.-To. mit deutschen Küstenplätzen, 5 mit 1024 mit dem Memelgebiet, 3 mit 168 mit Danzig, 8 mit 2829 mit dem Baltikum, 52 mit 15 749 mit Finnland, 140 mit 43 634 mit Schweden, 10 mit 2286 mit Norwegen, 109 mit 11 559 mit Dänemark, 9 mit 11 090 mit England und 1 mit 243 mit Holland. Der gesamte Güterumschlag betrug 85 269 Tonnen; davon entfielen 45 589 auf die Einfuhr und 39 680 auf die Ausfuhr. Im Vormonat betrug der Güteraustausch 75 697 und im Oktober v. J. 82 514 Tonnen (39 325 in der Einfuhr und 43 189 in der Ausfuhr). Die eingeführten Gütermengen haben hiernach gegen 1922 um 6000 Tonnen zugenommen, die ausgeführten dagegen sich um 4000 Tonnen verringert. Angebracht wurden 19 397 Tonnen Steinkohlen, 14 481 Tonnen Erze, 3710 Tonnen Chamotte und Kalksteine, 2109 Tonnen Holz und 1006 Tonnen Cellulose. Die ausgeführten Warenmengen bestanden fast zur Hälfte in Salz (18 268 Tonnen); ferner gelangten 3317 Tonnen Gipssteine und 1138 Tonnen Ton zur Verladung. Von dem gesamten Güteraustausch entfielen 37 021 (17 379) in der Einfuhr und 19 642 in der Ausfuhr) auf den Verkehr mit Schweden, 15 908 auf den mit Finnland, 17 053 auf den mit England und 7371 auf den mit Dänemark.

Der Misthaufen! Gestern machte ich einige kleine lustige Betrachtungen. Wie man Betrachtungen so anstellt! Ein bißchen boshaft vielleicht; im ganzen aber doch mehr zum Lachen. Bildlich sozusagen kam ich auf den von Lukas K—e mit allerlei Liebe aufgeschichteten Misthaufen zu sprechen. Bildlich! Das paßt Herrn Lukas nicht. Er legt ungeheuren Wert darauf, zu beweisen, daß er nicht nur bildlich auf einem solchen Haufen sitzt, sondern daß er sich in Wirklichkeit darin so wohl fühlt wie der Fisch im Wasser oder wie jenes bekannte nützliche Tier. Und dieser Beweis gelingt ihm glänzend. Wie er diesen Beweis führt? Dadurch, daß er seine Zeitung mit der Gosse verwechselt! Und damit seiner eigenen Zeitung und dem ganzen Journalistenberuf ein Dreckkleid umhängt, wie es bisher weder der „Großen Glocke" noch dem „Pranger" noch sonst einem Schmutz- oder Revolverblatt gelungen ist. Indem er allerlei Klatsch aus des Igels Nachtleben ausspuckt. Gewiß, Igel haben ein Nachtleben! Denn, wenn alle Zeitungsschreiber nach Art des bekannten fetten Tieres Tag und Nacht auf ihrem eigenen Unrat grunzten und schnarchten, was wäre dann in der Welt los? Also wenn du deine kleinen Äuglein ausgerieben, wohlriechender Lukas, und die Überreste deiner Beschäftigung aus dem rötlich-schütteren Bart herausgekratzt hast, so laß dir etwas sagen: Alte Weiber klatschen alle Lügen nach; Männer, und seien sie noch so klatschsüchtig, prüfen im allgemeinen. Und Igels Nachtleben nachzuprüfen, ist dir ein leichtes! So du dich wenigstens in der Nacht einige Stunden von deinem duftigen Lager trennen magst. Im Hause Johannisstraße 48 liegt jede Nacht eine Wache. Gehe dahin und lasse dir ein gewisses erleuchtetes Fenster im Nebenhaus zeigen. Das ist Igels Nachtleben. Und wenn er nach getaner Arbeit auch im Kreise guter Kameraden und — Draht vorausgesetzt — einige Male etwas ausgerutscht wäre, so braucht er sich dessen nicht zu genieren. Es ist ihm jedenfalls besser bekommen, als manch anderem sein dösiges und verrottetes Dasein des Stinktieres; denn er zählt sich heute noch so wie immer zu den anständigen Menschen — den Lukas aber nicht!

Igel.

Staatliches Büchereiwesen. Die lebhafte Inanspruchnahme unserer staatlichen Büchereien ist, wie ein Rückblick auf das verflossene Sommer-Semester zeigt, in diesem Jahre noch um ein Beträchtliches weiter angewachsen. Die Zahl der eingeschriebenen Benutzer der Stadtbibliothek wuchs während dieser Zeit gegenüber den Vorjahren um 55 Proz. Dieser erhebliche weitere Zuwachs erstreckte sich insbesondere auf Kaufleute, Handarbeiter, Lehrer aller Schulgattungen und Techniker. Noch bemerkenswerter ist der Zuwachs an Lesereintragungen, der bei den Oeffentlichen Bücherhallen im ersten Sommersemester nach der Verstaatlichung dieses Institutes zu verzeichnen ist; die Zunahme beträgt hier gegenüber den Eintragungen; die während der gleichen Zeitspanne des letzten Jahres gebucht wurden, etwa 90 Proz.; die Zahl der Anmeldungen von Jugendlichen hat sich darüber hinaus sogar verdreifacht.

Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge. Die Arbeitsbehörde macht noch einmal auf die heute im amtlichen Teile veröffentlichte Bekanntmachung über die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge aufmerksam. Danach muß jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu den Kosten für die Erwerbslosenfürsorge und für den Arbeitsnachweis beitragen, und zwar betragen die Beiträge 20 v. H. des Krankenkassenbeitrages. Diesen Betrag hat je zur Hälfte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu tragen und an die betreffende Krankenkasse mit abzuführen.

Die Zahltage des Wohlfahrtsamtes für Zusatzrentner und Unterstützungsempfänger sind bis auf weiteres auf feste Wochentage festgelegt und zwar für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene je nach Anfangsbuchstaben Montags und Dienstags vormittags und nachmittags; für Brotbeihilfenberechtigte kinderreiche Familien Montags und Dienstags nachmittags, sämtlich im Wohlfahrtsamt. Für Kleinrentner Donnerstags nachmittags in der zuständigen Schule im Bezirk. Für Sozialrentner Freitags vormittags und nachmittags im Konzerthaus Lübeck. Die Sozialrentner, denen der Weg wegen Alters oder Gebrechlichkeit zu weit ist, können die Unterstützung am Sonnabend vormittag im Wohlfahrtsamt abholen. Freitags bleibt die Kasse des Wohlfahrtsamtes überhaupt geschlossen. Sämtliche oben aufgeführten Zahlungen finden bis auf weiteres allwöchentlich statt.

Landabgabe. Das Finanzamt hat in der gestrigen Ausgabe unseres Blattes aufgefordert, die am 1. November fällige Landabgabe umgehend zu begleichen, widrigenfalls ohne weitere Mahnung Zwangsvollstreckung erfolgt. Wir erinnern hiermit noch einmal an diese Aufforderung.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein 21jähriger Handlungsgehilfe von hier, der ohne dazu beauftragt worden zu sein, für hiesigen Arbeitslosenrat Gelder sammelte, und diese für sich verbrauchte. — Von einem Bauernhof in unmittelbarer Nähe Lübecks sind 55 Hühner und 8 Enten gestohlen und zum Teil an Ort und Stelle geschlachtet worden. — Aus einem Kinderwagen, der auf kurze Zeit in einen Hausflur in der Fleischhauerstraße hingestellt war, sind eine Kinderwagenfelldecke, 2 Kopfkissen, ein Oberbett, eine Bett- und Gummiunterlage gestohlen worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Vereinigung Republik. Donnerstag 7½ Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Stadttheater. Donnerstag „Tiefland". Freitag erste Wiederholung „Die schöne Galathea" von Franz v. Suppé und „Brüderlein fein" von Leo Fall. Ungarische Tänze von Brahms.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein außerordentlich schwerer Unglücksfall ereignete sich Montag in der Osterbeckallee 21. Dort war der Hauswirt Harms mit dem Verwalter Drechsler beschäftigt, die Dampfheizungsanlage in Gang zu setzen. Außerdem waren die Ehefrau des Verwalters und ein Schwager des Drechslers mit seiner Ehefrau dabei. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache zersprang plötzlich einer der Dampfkessel. Mit ungeheurer Gewalt flogen die Metallstücke im Raum umher und Dampf und Wasser strömte heraus. Der Verwalter Drechsler wurde durch die Metallstücke so schwer verletzt, daß er sofort tot war. Schwere Brandwunden und sonstige Verletzungen trugen davon: Die Ehefrau Drechsler und der Hauswirt Harms. Der Schwager und die Schwägerin der Eheleute Drechsler erlitten gleichfalls Brandwunden, liefen in ihren Schmerzen auf die Straße und sollen sich in Richtung Altona entfernt haben.

Schwerin. Aus der sozialdemokratischen Landtagsfraktion schied durch Niederlegung seines Mandats der frühere Landtagspräsident Karl Köhler. Seinen Sitz wird der Abgeordnete Döring (Krakow) einnehmen.

Lübz. Die gesamte Ernte verbrannt. Die Scheune des Fronereibesitzers Wahl ist mit den gesamten Getreidevorräten verbrannt.

Stavenhagen. Von drei Einbrechern erschossen wurde der Uhrmacher Brüning in seinem Laden: auch seine Ehefrau wurde schwer verletzt. Die Täter entkamen mit einer Anzahl Uhren und Goldsachen.

Heide. Sturmnachrichten. Eine Nacht des Schreckens war die Nacht zum 5. November für das nördliche und mittlere Dithmarschen. Der heulende Sturm, prasselnde Hagelschlossen und knatternde Donnerschläge ergaben zusammen eine Sinfonie des Grauens. An vielen Stellen im Umkreise rötete sich der Himmel. In Kleve bei Hennstedt äscherte ein Blitz das große Wirtschaftsgebäude des Hofbesitzers Cl. S. Peters ein. Leider verbrannte der große Viehstapel bis auf die Pferde, auch die Ernte wurde vernichtet. Weiter brannte es in Krempel, Lunden, Gaushorn, Dörpling, in der Umgegend von Albersdorf, in Windbergen und Oldenbüttel. Bei Erfde stand ebenfalls ein großes Gewese in Flammen. In Lüdersbüttel ging durch Blitzschlag das Wirtschaftsgebäude des Landmannes Thiessen in Flammen auf, hier ist auch Vieh umgekommen. Auf den Weiden ist viel Vieh erschlagen. In der Gegend von Friedrichstadt und in den Eiderniederungen hat der Sturm ärger denn je gehaust. Gegen 3 Uhr morgens stieg die Hochflut gegen 3 Meter über gewöhnlichen Hochwasserstand und bis an die halbe Höhe der hohen Flußdeiche. Die Vorländereien stehen überall unter Wasser und der noch immer sehr üppige Graswuchs ist vollständig verschlammt und für die Viehweide verloren. Der letzte Torf und die letzten Kartoffeln sind in den überschwemmten Gebieten endgültig verloren.

Amtlicher Teil

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 8. November 1923:

a) Einzelfahrscheine:

bis zu 2 Zonen		M 15	Milliarden
für 3 und 4 Zonen		„ 23	„
für 5 und mehr Zonen		„ 30	„

b) Monatskarten:

bis zu 2 Zonen	2mal. Fahrt	M 640	Milliarden
	4mal. Fahrt	„ 1200	„
für 3 u. 4 Zonen	2mal. Fahrt	„ 960	„
	4mal. Fahrt	„ 1840	„
für 5 u. mehr Zon.	2mal. Fahrt	„ 1240	„
	4mal. Fahrt	„ 2400	„

Die sich für diesen Monat ergebende Nachzahlung für Monatskarten infolge der Tariferhöhungen beträgt:

bis zu 2 Zonen	2mal. Fahrt	M 430	Milliarden
	4mal. Fahrt	„ 830	„
für 3 u. 4 Zonen	2mal. Fahrt	„ 650	„
	4mal. Fahrt	„ 1270	„
für 5 u. mehr Zon.	2mal. Fahrt	„ 850	„
	4mal. Fahrt	„ 1650	„

Die Nachzahlung hat bis 15. November an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3, zu erfolgen. Karten, für welche eine Nachzahlung nicht geleistet ist, haben ab 16. November 1923 keine Gültigkeit.

c) Jugendfahrscheine: je 7,5 Milliarden.

d) Gepäckstücke und Hunde: 15 Milliarden.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 4 sind bis einschl. 9. November 1923 gültig und hat der Umtausch

a) der Jugendfahrscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Roeckstraße Nr. 49a oder durch Brief,

b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 5 zu erfolgen.

Lübeck, den 7. November 1923. (8136

Städtische Betriebe.

Öffentliche Sitzung des Verwaltungsgerichts

am Donnerstag, dem 8. November 1923, nachm. 4 Uhr, im Verwaltungsgebäude, Fleischhauerstr. 20, Zimmer 25. (8123

Die Gas-, Elektrizitäts- u. Wasserpreise

betragen vom 8. bis 10. November d. Js.:

Gas 21, Lichtstrom 42, Kraftstrom 28, Wasser in Lübeck 12 bezw. 24, in Travemünde 12, heizbare Räume mit Leitung 18, ohne Leitung 6 Milliarden.

Gutschein-Verkauf zu diesen Preisen und gültig bis 5. Januar 1924 am Donnerstag dieser Woche. Die Preise für den **Freitag-Verkauf** werden noch bekannt gegeben.

8131) **Städtische Betriebe.**

Beiträge f. d. Erwerbslosenfürsorge.

Gemäß § 2, Abs. 2 und 3 der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 (R.G.Bl. I Nr. 104, S. 984) sind die Beiträge für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck auf 20 v. H. der Beiträge zur Krankenversicherung festgesetzt.

Lübeck, den 6. November 1923. (8130

Die Arbeitsbehörde.

Laubverpachtung.

Die Verpachtung der Laubnutzung auf den Wegen des Israelsdorfer Forstrevieres findet am Freitag, dem 9. ds. Mts. statt. Treffpunkt: Medebachbrücke am Eingang zum Schwerin, 9 Uhr vorm.

Waldhusen, im November 1923.

8124) **Der Revierförster.**

An Handel und Gewerbe Lübecks.

Der Reichsminister der Finanzen hat uns die Genehmigung zur Ausgabe **wertbeständigen Notgeldes** erteilt. Es werden ausgegeben:

Scheine über Goldmark 4.20, 2.10, 1.05, 0.42, 0.10, 0.05.

Die Einlösung erfolgt auf Grund des amtlichen Berliner Mittelkurses für die Dollar-Devise des Vortages, und zwar

ab Montag, den 12. November, im Büro der Gewerbekammer, täglich von 9—12 Uhr,
bei Beträgen über 200 Goldmark bei den Kassen der Lübecker Commerzbank und der Direktion der Diskontogesellschaft.

Wir bitten dringend, unsere Notgeldscheine nicht zu hamstern, sondern im Verkehr zu belassen und bei Gestellung der Goldmarkpreise weitgehendst darauf Rücksicht zu nehmen, daß wertbeständiges Geld bezahlt wird.

Zur Sicherstellung unseres Notgeldes ist ein der Ausgabe entsprechender Betrag in Goldanleihe bei der Reichsbank hinterlegt.

Hochofenwerk Lübeck Aktiengesellschaft.

8126) **Dr. Neumark.**